

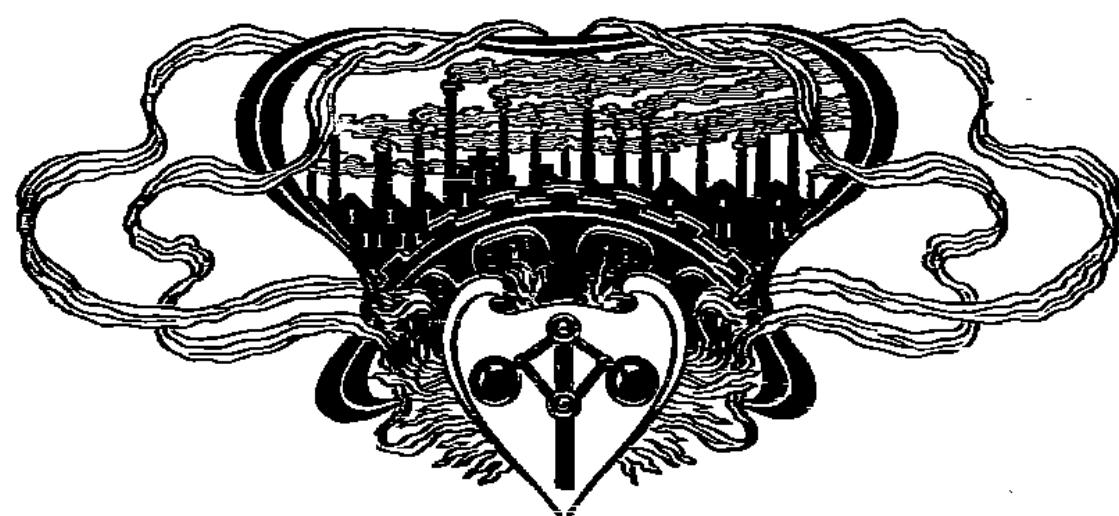


Siebenundzwanzigster Jahrgang

der

# Metallarbeiter-Zeitung

1909

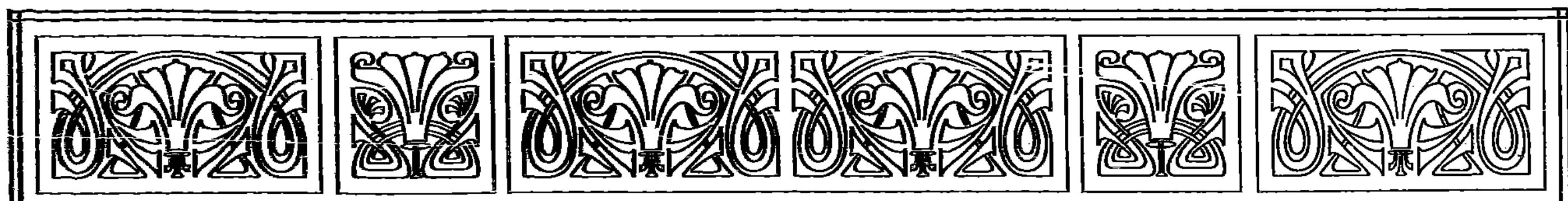


Vereinnahmt GFL 501  
Bücherverzeichnis Nr. 4356/14753  
am: 10. APR. 1958

Stuttgart

Druck und Verlag von Alexander Schleicher & Cie.

1909



# Inhalts-Verzeichnis.

## Artikel.

Seite	Seite
(Es sind hier alle Artikel, die nicht unter einer Sammelrubrik stehen, also einen eigenen Titel haben, verzeichnet.)	
<b>Abschöpfung, Die — des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für das Jahr 1908 . . . . .</b>	123
— Berichtigung . . . . .	188
Agrarinteressen, Arbeiter- und — im Zentrum . . . . .	188
Akkordarbeit und Kalkulationswesen . . . . .	848, 370, 411
Amerika, Arbeitsverdienste in der Metallindustrie der Vereinigten Staaten von . . . . .	10
Amerika, Der 28. Kongress der amerikanischen Gewerkschaften . . . . .	28
Amerika, Die Arbeitgeber in —, ihre Organisation, Ihre Löhne und ihr Kongress . . . . .	78
Amerika, Der Syndikalismus in (Von Chagrin) . . . . .	210, 227
Amerika, Aus (Vom Ohio bis zum Stilien Ocean. Von Chagrin) . . . . .	250, 260, 275, 288, 292, 298, 307, 310, 328, 380, 399, 355
An die jungen Gesellen . . . . .	102
Anträge der Kommission für Staffelbeiträge zur Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Hamburg . . . . .	40
Anträge des Vorstandes zur Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Hamburg . . . . .	88
Arbeiter, Die Steuerlasten der deutschen . . . . .	886, 398, 402, 409
Arbeiterinnen, Die Novelle zur Gewerbeordnung und die . . . . .	404
Arbeiter- und Agrarinteressen im Zentrum . . . . .	188
Arbeiterkrieg, Christlicher . . . . .	180
Arbeiterverlängerung, Die Fortbildung der — in Deutschland . . . . .	85
Arbeiterversicherung (Ein „Muster“unfallprojekt) . . . . .	188
Arbeitervertreter, Christliche . . . . .	284
Arbeiterzerrütteter, Christlicher . . . . .	276
Arbeitgeberzeitung: Kann schreiben rechts — kann schreiben links! . . . . .	11
Arbeitskraft, Die weibliche — in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands . . . . .	225
Arbeitslohn, Die Relativität des . . . . .	361, 370
Arbeitslosenfrage, Zur — in Bayern . . . . .	187
Arbeitslosenfürsorge, Sozialpolitik und . . . . .	97
Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden . . . . .	155
Arbeitslosigkeit, Krise und — in der Metallindustrie im Jahre 1908 . . . . .	59
Arbeitsnachweis, Aus der Dunkelfammer des Metallindustriellen — in Leipzig . . . . .	324
Arbeitsnachweisskongress der Unternehmer (im Artikel: „Kann schreiben rechts — kann schreiben links“!) . . . . .	11
Arbeitsverdienste in der Metallindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika . . . . .	19
Arbeitsvertrag eines Sensenschmiedes . . . . .	211
Arzt, Der — im Dienste der Fabrikinspektion Auerbach, Robert, Herr — in Saalfeld und die Metallarbeiter-Zeitung vor Gericht Augsburg, Ein gelber Geschäftsbericht . . . . .	75, 5
Automobilarbeiter . . . . .	242
Baden, Metallarbeiterverhältnisse in . . . . .	322, 390
Bayern, Zur Arbeitslosenfrage in . . . . .	187
Beleuchtungstechnik, Fortschritt in der . . . . .	10
Berliner Industrieverhältnisse . . . . .	153
Berliner Metall- und Maschinenindustrie, Die — im Jahre 1908 . . . . .	52
Bernstein, Eduard, Gewerkschaftsbewegung und Demokratie . . . . .	41
Berufsgenossenschaften, Die — 1907 . . . . .	34, 43, 51
Berufsgenossenschaften, Die — der Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1908 . . . . .	394, 402
Berufsgenossenschaften, Unfallverhütung in den — der Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1908 . . . . .	10
Bereitseinheit, Christliche . . . . .	11
Betriebsbestimmungen für die Großeisenindustrie (siehe auch Seite 19) . . . . .	33
Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten in der Metallindustrie Englands . . . . .	380
Bijouterieindustrie, Die Entwicklung der Pforzheimer . . . . .	9
Bijouterieindustrie, Die wirtschaftliche Organisation der Pforzheimer . . . . .	394
Britische Metallarbeiterkonferenz . . . . .	116
Brotgeber, Der Kapitalist als Brotfabrik und Zentrum, Juliusturn der Bürgerlichen Gesetzbuches, Der § 616 des Christlichen Arbeitervertreter . . . . .	249
Christliche Arbeiterzerrütteter . . . . .	378
Christliche Bescheidenheit . . . . .	395
Christliche Hoffnungen und Enttäuschungen . . . . .	234
Christliche und Hirsch-Dunkersche . . . . .	276
Christliche Mäzenatschaften . . . . .	50
Christliche Reinwaschungsversuche . . . . .	267
Christliche Sozialmoral . . . . .	153
Christlichen, Die Freunde der . . . . .	115
Christlichen, Objektive Beiträger der . . . . .	265
Christlichen, Wie die — das Arbeiterinteresse wahren . . . . .	82
Christlicher Arbeitervertrat . . . . .	130
Christlicher Klassenkampf . . . . .	259
(Christliches) Die christliche Internationale (Christliches) Eine Darstellung über den Streit in den Aluminiumwerken in Badisch-Rheinfelden . . . . .	322, 348, 356
Christliches (Wer nicht für mich ist, der ist wider mich) . . . . .	18, 41
Dottrinismus und Sozialismus . . . . .	101
Demokratie, Gewerkschaftsbewegung und Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bekanntmachung des Vorstandes betr. die Einberufung der IX. Generalversammlung (Hamburg) . . . . .	57
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Wahlabteilungen zur Generalversammlung in Hamburg und Wahlreglement . . . . .	121
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Die Wirkungen der Krise im 1. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Abrechnung für das Jahr 1908 . . . . .	123
— Berichtigung . . . . .	136
Dreiflügelschmied, Das Jubiläum der Dunkelfammer, Aus der — des Metallindustriellen-Arbeitsnachweises in Leipzig . . . . .	169
Ehelmetalindustrie, Friede in der Hanauer Ehre, Der Wahrheit die Einheitsgedanke, Der — marschiert . . . . .	4
Felsen- und Metallarbeiter Österreich, Der Verband der (Generalversammlung betr.) . . . . .	9
Eisen- und Metallindustrie, Die Berufsgenossenschaften der — im Jahre 1908 . . . . .	102
Eisen- und Metallindustrie, Unfallverhütung in den Gewerbevereinigungen der — im Jahre 1909 . . . . .	123
Eisen- und Metallindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	124
Eisen- und Metallindustrie Deutschlands, Die weibliche Arbeitskraft in der . . . . .	125
Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, Die süddeutsche — im Jahre 1908 . . . . .	126
Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften im Jahre 1907 (siehe unter „Berufsgenossenschaften“) . . . . .	127
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in England . . . . .	128
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	129
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in England . . . . .	130
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	131
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	132
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	133
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	134
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	135
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	136
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	137
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	138
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	139
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	140
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	141
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	142
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	143
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	144
Eisen- und Stahlindustrie, Die Entwicklung der — in Deutschland . . . . .	145
Kämpfe, Unsere Lohnbewegungen und — im Jahre 1908 . . . . .	170
„Mann schreibt rechts — kann schreiben links“ (Arbeitgeberzeitung) . . . . .	11
Kapitalist, Der — als Broterbauer . . . . .	249
Kiel, Das Panama der Reichswerke zu Kiel (Siehe auch Werklasse etc.) . . . . .	178
Klarstellung, Eine (über den Streit in den Aluminiumwerken in Badisch-Rheinfelden) . . . . .	180
Klassenkampf, Christlicher . . . . .	250
Klerikalismus und Sozialismus . . . . .	251
Konferenz, Sechste internationale — der Vertreter gewerkschaftlicher Landeszentralen Kongress, Der 28. — der amerikanischen Gewerkeverbäten . . . . .	252
Krankenversicherung, Die Ergebnisse der — im Jahre 1907 . . . . .	253
Krankheit, Weiterzahlung des Lohnes bei Krieg dem Schnaps . . . . .	4
Krieg im der amerikanischen Stahlindustrie (Von Chagrin) . . . . .	205
Kriegspfad, Der Verband Metallindustrieller in Württemberg auf dem . . . . .	181
Krise und Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie im Jahre 1908 . . . . .	182
Krise, Die Wirkungen der — im 1. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes . . . . .	183
Krisenjahr, Das — 1908 . . . . .	184
Kritik, Über die — der Metallbearbeitung . . . . .	185
Lage, Zur politischen . . . . .	186
Landeszentralen, Sechste internationale Konferenz der Vertreter gewerkschaftlicher Landeszentralen . . . . .	187
Landtagswahl, Die — in Sachsen . . . . .	188
Lebensstil, Einer Arbeiterin . . . . .	189
Lebius, Zur Charakteristik des . . . . .	190
Lebius, Vom . . . . .	191
Leipzig, Aus der Dunkelfammer des Metallindustriellen-Arbeitsnachweises in — Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Die gegenwärtigen — in Torgelow . . . . .	192
Lohnbewegungen und Kämpfe, Unsere — im Jahre 1908 . . . . .	193
Lohnformen, Das Problem der . . . . .	194
Lohnformen, Weiterzahlung des — bei Krankheit . . . . .	195
Lokomotivindustrie, Die deutsche (Siehe auch Rundschau 359) . . . . .	196
Lufthansa, Die — und die Fla . . . . .	197
Maifeier, Zur . . . . .	198
Maifeierfrage, Zur . . . . .	199
Mannheim (Gewerkschaftsbewegung und Demokratie) . . . . .	200
Mannheim, Zum Streit im Strebelwerk in 13, 22, 74 . . . . .	201
Mannheim, Zum Streit im Strebelwerk in Mannheim . . . . .	202
Mannheim (siehe: Rundschau, Eine) . . . . .	203
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	204
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	205
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	206
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	207
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	208
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	209
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	210
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	211
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	212
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	213
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	214
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	215
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	216
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	217
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	218
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	219
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	220
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	221
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	222
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	223
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	224
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	225
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	226
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	227
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	228
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	229
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	230
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	231
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	232
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	233
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	234
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	235
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	236
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	237
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	238
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	239
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	240
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	241
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	242
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	243
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	244
Mannheim (Strebelwerk) . . . . .	245



**Aus den einzelnen Bezirken.**

Gemeine und öffentliche Gewerkschaften von  
1. 1. bis Anfang Februar zum Geschäftstag der  
Unternehmer im Gewerbeverein . . . . . 226

Konferenz der Metallarbeiter . . . . . 264

Metallarbeiterkongress . . . . . 26

Zentralverbandes . . . . . 26

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Überprüfung für das vierte Quartal 1908  
ist bis zum 10. Januar eingeliefert . . . . . 13

An unsere Verwaltungen und Mitglieder  
(Auftrag für die schwedischen Kollegen) . . . . . 317

Arbeitslosenstiftung, Sitztag zur Aussiedlung  
der . . . . . 169

Anträge zur Generalversammlung, Berich-  
tungen . . . . . 192

Aussönderung (zur Einsendung eines Mit-  
gliedsbuchs nach München) . . . . . 173

Aussönderung an Fischau in Feuerbach, mit  
den Weltreden abzurechnen . . . . . 230

Auslösungen von Mitgliedern auf Antrag von:  
Aachen 95, Aachen Bezirk 189, Altona 68, Am-  
berg 228, Apolda 85, Aue 21, Bautzen 100, Berlin  
21, 109, 198, 299, 817, 825, Bochum 190, Branden-  
burg 85, Braunschweig 95, Bremen 98, 109, 288,  
Bremerhaven 58, 190, 289, Breslau 100, 158, 278,  
Burg 278, Chemnitz 100, 261, 404, Celle 218,  
Danzig 181, Diebenhofen 220, 879, Döbeln 878,  
Dritten Bezirk 888, Düsseldorf 825, Erfurt 44,  
190, 288, Esslingen 881, 404, Euskirchen 228, Feuer-  
bach 190, Flensburg 5, Frankenthal 122, Frankfurt  
a. M. 808, Freiburg 117, Hünstein Bezirk 80,  
212, Hüttenwalde 100, Gera 808, Gmünd 285,  
Greiz 218, Guben 294, Hall 29, Hamburg 148,  
261, 288, Hanau 800, 888, Hannover 888, Har-  
burg 286, Ingolstadt 244, Kassel 888, Kaisers-  
lautern 285, Kassel 285, Kattowitz 80, Kiel 44, 100,  
817, 849, Konnewichheim 29, Lägerdorf 221,  
Leipzig 14, 185, 204, Liegnitz 58, 77, Lippstadt 881,  
412, Lübben 178, Lüdenscheid 244, Luxemburg 80,  
Magdeburg 58, Mainz 800, Mannheim 857, Mar-  
kranstädt 288, Mühlhausen i. Th. 289, München  
825, Neckarsulm 189, Neustadt a. d. O. 165, Neu-  
stadt i. S. 189, Nürnberg 288, Osnabrück 878,  
Osterode 825, Pegnitz 244, Pforzheim 57, 58, 840,  
Posen 800, 808, Radolfzell 148, Rostock 165, Saal-  
feld a. S. 148, 285, 368, 404, Sangerhausen 849,  
Sieben Bezirk 85, Schwabach 58, 109, Schweidnitz  
Metallarbeiter-Verband 68, Schweizer Metallarbeiter-  
Verband 294, Soltan 317, 349, Sprottau  
122, Stendal 166, 205, Straßburg i. C. 100, 317,  
Stuttgart 300, 308, 323, 349, 381, Tübingen 228,  
Velbert 44, Witten Bezirk 53, 85, 278, 363, Vom  
Vorstand 68, 221, 317, 363, Waltershausen 148,  
Wiesbaden 363, Zossen 333, Zweitem Bezirk 269,  
— Berichtigungen . . . . . 294

— Zurückgenommene . . . . . 236

Ausschusses, Bekanntmachung des — (betr.  
Wahl der Beisitzer) . . . . . 221

Beisitzer des Vorstandes, an Stelle von  
Heilig der former Karl Reiss gewählt . . . . . 261

Beitragssmarken, in anderer Farbe, vom  
1. Juli 1909 an . . . . . 204

Berichtigung, betr. Anträge von Lüden-  
scheid und Osterode (Berlin) . . . . . 109

Beschluß, Zurückgenommener . . . . . 196

Bevollmächtigte und Reisegeldauszahlter sind  
nicht in Werkstätten aufzufinden . . . . . 325

Bezirksleiter, Zweiter, für den 8. Bezirk gesucht . . . . . 139

Bezirksleiter, Als — für den 8. Bezirk Joh.  
Wölck gewählt . . . . . 212

Bezirksleiter, Zweiter, für den 9. Bezirk gesucht . . . . . 204

Bezirksleiter, Als — für den 9. Bezirk Emil  
Scheff gewählt . . . . . 285

Erwerbslosenunterstützung, Die Anwendung  
der neuen Bestimmungen über die . . . . . 243

Extrabeiträge wurden vom Vorstand genehmigt für:  
Aalenburg 5, 340, Altwasser 333, Amberg 363,  
Ansfelden 397, Auren 278, Aschersleben 333, Bant  
357, Barth 397, Bergedorf 373, Bonn 300, 325,  
Brieg 85, Bützau 14, Celle 349, Cuxhaven 325,  
Enden 340, Erlangen 381, Euskirchen 278, Feuer-  
bach 85, Flensburg 349, Forst 363, Fürstenwalde  
333, Gotha 173, Graudenau 44, Hainichen 340, Halberstadt 333, Halle a. S. 325,  
Hannau 333, 412, Helmstedt 269, Henningsdorf 349,  
Ingolstadt 373, Jügehoe 397, Kaiserslautern 349,  
Katzhütte 325, Koblenz 100, 333, Koburg 357,  
Köln a. Rh. 317, Köslin 77, Konnewichheim 308,  
Krefeld 340, Lägerdorf 363, Landsberg a. R. 333,  
Lautenburg 349, Lindau 340, Ludwigshafen a. Rh. 21,  
Lüdenscheid 261, Lügau 397, Lüneburg 349, Markt-  
redwitz 285, Merseburg 357, Mügeln 349, Mühl-  
hausen i. Th. 317, Mühlhausen i. C. 37, M. Glad-  
bach 294, Norden 77, Nossen 204, Novawes 317,  
Delenz 357, Oschatz 269, Osterode 412, Peine  
294, Pleitzenberg 37, Posen 340, Quedlinburg 325,  
Radeberg 300, Rathenow 325, Rendsburg 340,  
Reutlingen 357, Röthenheim 412, Rößla 340,  
Ruhla 357, Saalfeld 404, Schmiede 285, Schwein-  
furt 340, Schwerin 349, Selb 308, Senftenberg  
333, 357, Soltan 333, Sorau 14, Stade 235, 412,  
Staßfurt 325, Swinemünde 317, Varel 357, Vege-  
sack 300, Waiblingen 253, Waldbütz 228, Walters-  
hausen 325, Weinmar 333, Weinheim 77, 340,  
Weisenfels 300, Wiesbaden 228, 333, Woffenbüttel  
373, Wriezen 340, Zerbst 204, Zuffenhausen 29,  
— Berichtigung betr. Altenburg 319.

Flugblätter zur Agitation unter den Ar-  
beiterinnen . . . . . 388

Formulare, Zu Versammlungsanzeigen zu  
benutzen . . . . . 325

Geschäftsleiter gesucht für Kattowitz und  
Umgegend . . . . . 363

Gesucht (Mitglieder) . . . . . 5, 14

Gewerkschaftskartell in Soltan, betr. Bau-  
steine" . . . . . 397

Märkte, Eintragung der beitragsfreien —  
in den Erhabbüchern . . . . . 412

Mitglieder gesucht . . . . . 5, 14

Mitgliedsbüchsen, Aussönderung zur Ein-  
sendung eines — nach München . . . . . 173

Mitgliedsbücher, abhanden gekommene, an-  
zuhalten und an den Vorstand einzulegen,  
Aussönderung dazu 68, 77, 85, 133,  
165, 190, 196, 205, 213, 221, 229, 261, 269,  
278, 285, 294, 300, 325, 331

Mitgliedsbücher, geraubte, von Niedorf nach  
Rendsburg . . . . . 68

Mitgliedsbücher, geöffnete 21, 29, 37, 41, 53, 95,  
100, 109, 148, 173, 181, 190, 196, 205, 317,  
334, 340, 357, 363, 381, 388, 404

Mitgliedsbücher, 1909 zu Ende gehende . . . . . 404

Metallarbeiterkongress verhindert und bestreitet von:  
München 109, Altenburg 21, Bingen 100, Berlin  
14, 161, 221, 231, 241, 251, 261, 271, 281,  
291, 301, 311, 321, 331, 341, 351, 361, 371,  
381, 391, 401, 411, 421, 431, 441, 451, 461,  
471, 481, 491, 501, 511, 521, 531, 541, 551,  
561, 571, 581, 591, 601, 611, 621, 631, 641,  
651, 661, 671, 681, 691, 701, 711, 721, 731,  
741, 751, 761, 771, 781, 791, 801, 811, 821,  
831, 841, 851, 861, 871, 881, 891, 901, 911,  
921, 931, 941, 951, 961, 971, 981, 991, 1001,  
1011, 1021, 1031, 1041, 1051, 1061, 1071, 1081,  
1091, 1101, 1111, 1121, 1131, 1141, 1151, 1161,  
1171, 1181, 1191, 1201, 1211, 1221, 1231, 1241,  
1251, 1261, 1271, 1281, 1291, 1301, 1311, 1321,  
1331, 1341, 1351, 1361, 1371, 1381, 1391, 1401,  
1411, 1421, 1431, 1441, 1451, 1461, 1471, 1481,  
1491, 1501, 1511, 1521, 1531, 1541, 1551, 1561,  
1571, 1581, 1591, 1601, 1611, 1621, 1631, 1641,  
1651, 1661, 1671, 1681, 1691, 1701, 1711, 1721,  
1731, 1741, 1751, 1761, 1771, 1781, 1791, 1801,  
1811, 1821, 1831, 1841, 1851, 1861, 1871, 1881,  
1891, 1901, 1911, 1921, 1931, 1941, 1951, 1961,  
1971, 1981, 1991, 2001, 2011, 2021, 2031, 2041,  
2051, 2061, 2071, 2081, 2091, 2101, 2111, 2121,  
2131, 2141, 2151, 2161, 2171, 2181, 2191, 2201,  
2211, 2221, 2231, 2241, 2251, 2261, 2271, 2281,  
2291, 2301, 2311, 2321, 2331, 2341, 2351, 2361,  
2371, 2381, 2391, 2401, 2411, 2421, 2431, 2441,  
2451, 2461, 2471, 2481, 2491, 2501, 2511, 2521,  
2531, 2541, 2551, 2561, 2571, 2581, 2591, 2601,  
2611, 2621, 2631, 2641, 2651, 2661, 2671, 2681,  
2691, 2701, 2711, 2721, 2731, 2741, 2751, 2761,  
2771, 2781, 2791, 2801, 2811, 2821, 2831, 2841,  
2851, 2861, 2871, 2881, 2891, 2901, 2911, 2921,  
2931, 2941, 2951, 2961, 2971, 2981, 2991, 3001,  
3011, 3021, 3031, 3041, 3051, 3061, 3071, 3081,  
3091, 3101, 3111, 3121, 3131, 3141, 3151, 3161,  
3171, 3181, 3191, 3201, 3211, 3221, 3231, 3241,  
3251, 3261, 3271, 3281, 3291, 3301, 3311, 3321,  
3331, 3341, 3351, 3361, 3371, 3381, 3391, 3401,  
3411, 3421, 3431, 3441, 3451, 3461, 3471, 3481,  
3491, 3501, 3511, 3521, 3531, 3541, 3551, 3561,  
3571, 3581, 3591, 3601, 3611, 3621, 3631, 3641,  
3651, 3661, 3671, 3681, 3691, 3701, 3711, 3721,  
3731, 3741, 3751, 3761, 3771, 3781, 3791, 3801,  
3811, 3821, 3831, 3841, 3851, 3861, 3871, 3881,  
3891, 3901, 3911, 3921, 3931, 3941, 3951, 3961,  
3971, 3981, 3991, 4001, 4011, 4021, 4031, 4041,  
4051, 4061, 4071, 4081, 4091, 4101, 4111, 4121,  
4131, 4141, 4151, 4161, 4171, 4181, 4191, 4201,  
4211, 4221, 4231, 4241, 4251, 4261, 4271, 4281,  
4291, 4301, 4311, 4321, 4331, 4341, 4351, 4361,  
4371, 4381, 4391, 4401, 4411, 4421, 4431, 4441,  
4451, 4461, 4471, 4481, 4491, 4501, 4511, 4521,  
4531, 4541, 4551, 4561, 4571, 4581, 4591, 4601,  
4611, 4621, 4631, 4641, 4651, 4661, 4671, 4681,  
4691, 4701, 4711, 4721, 4731, 4741, 4751, 4761,  
4771, 4781, 4791, 4801, 4811, 4821, 4831, 4841,  
4851, 4861, 4871, 4881, 4891, 4901, 4911, 4921,  
4931, 4941, 4951, 4961, 4971, 4981, 4991, 5001,  
5011, 5021, 5031, 5041, 5051, 5061, 5071, 5081,  
5091, 5101, 5111, 5121, 5131, 5141, 5151, 5161,  
5171, 5181, 5191, 5201, 5211, 5221, 5231, 5241,  
5251, 5261, 5271, 5281, 5291, 5301, 5311, 5321,  
5331, 5341, 5351, 5361, 5371, 5381, 5391, 5401,  
5411, 5421, 5431, 5441, 5451, 5461, 5471, 5481,  
5491, 5501, 5511, 5521, 5531, 5541, 5551, 5561,  
5571, 5581, 5591, 5501, 5511, 5521, 5531, 5541,  
5551, 5561, 5571, 5581, 5591, 5601, 5611, 5621,  
5631, 5641, 5651, 5661, 5671, 5681, 5691, 5601,  
5611, 5621, 5631, 5641, 5651, 5661, 5671, 5681,  
5691, 5701, 5711, 5721, 5731, 5741, 5751, 5761,  
5771, 5781, 5791, 5701, 5711, 5721, 5731, 5741,  
5751, 5761, 5771, 5781, 5791, 5801, 5811, 5821,  
5831, 5841, 5851, 5861, 5871, 5881, 5891, 5801,  
5811, 5821, 5831, 5841, 5851, 5861, 5871, 5881,  
5891, 5901, 5911, 5921, 5931, 5941, 5951, 5961,  
5971, 5981, 5991, 5901, 5911, 5921, 5931, 5941,  
5951, 5961, 5971, 5981, 5991, 6001, 6011, 6021,  
6031, 6041, 6051, 6061, 6071, 6081, 6091, 6001,  
6011, 6021, 6031, 6041, 6051, 6061, 6071, 6081,  
6091, 6101, 6111, 6121, 6131, 6141, 6151, 6161,  
6171, 6181, 6191, 6101, 6111, 6121, 6131, 6141,  
6151, 6161, 6171, 6181, 6191, 6201, 6211, 6221,  
6231, 6241, 6251, 6261, 6271, 6281, 6291, 6201,  
6211, 6221, 6231, 6241, 6251, 6261, 6271, 6281,  
6291, 6301, 6311, 6321, 6331, 6341, 6351, 6361,  
6371, 6381, 6391, 6301, 6311, 6



# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Gelebt wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Angetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röderstr. 18a post.  
Telephonus: Nr. 8882.

Informationsservice des schlesischen Kolonialseels:  
Weltkundgebung 1 Mark, Sonderanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsmiträte finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von

**383800**

erscheint diese Ztg.

EXEMPLAREN

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Mittelbild.

Die gesamte kapitalistisch erschlossene Welt steht im Zeichen der Krise. Nicht in allen Ländern ist die Stützung des Wirtschaftslebens gleichzeitig eingetreten, auch nicht alle Wirtschaftsgebiete sind von den Erschütterungen gleichmäßig getroffen, doch unaufhaltsam entwickelte sich während des Jahres 1908 überall die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Solange die Hochkonjunktur herrschte, glaubten einige Nationalökonomen versichert zu können, daß auf der jetzigen Stufe der kapitalistischen Entwicklung Wirtschaftskrisen ausbleiben werden, Großindustrie schlossen sich diesen Prophesien gern und laut an. Schon als das Kriegsgewitter lärmend niederging, konnte man vernehmen, daß von einem einstürzenden Niedergang nicht die Rede sein könnte, daß höchstens mit vorübergehender Abschwächung in Industrie und Handel zu rechnen sei. Es fehlten selbst Stimmen nicht, die verklauteten, daß der Großindustrie nach der überaus starken Anspannung der Betätigung eine Periode der Ruhe kommen sei. Dieser trampolhafte Optimismus konnte und durfte über die bedenkliche Wirtschaftslage nicht hinwegtäuschen, hatten doch bereits im Sommer des Jahres 1907 sich die Anzeichen für einen bevorstehenden Konjunkturübergang so unverkennbar gezeigt, daß trotz aller Verkörperung des Schwarzherrnsums unbefangene Beurteiler damals schon mit dem nahe bevorstehenden Beginn der Krise zu rechnen begannen. Die Tatsachen haben die Bestätigung dieser Aussicht leider nur zu sehr bestätigt.

Zu Ende des Jahres 1907 begannen größere Kreise einzusehen, daß die Tage der Hochkonjunktur beendet waren. Aus der Tatsache, daß dem gewaltigen Crash in den Vereinigten Staaten Amerikas nicht auch schlimme Zusammenbrüche bedeutender industrieller Unternehmungen in Deutschland folgten, wurde aber von neuem die Hoffnung geschöpft, daß die schlimmsten wirtschaftlichen Gefahren schon hinter uns liegen. Man flammerte sich also an die Erwartung, daß nach der Besserung des Geldmarktes für Handel und Industrie eine Periode erneuter Belebung eintreten werde. Die großen Syndikate trugen durch eine bewußte falsche Berichterstattung über die Marktlage zu der irrtigen Meinung bei, ihre hervorragendsten Vertreter ließen keine Gelegenheit vorübergehen, die willig aufgenommene Versicherung auszutreuen, daß der Zustand der Konjunktur überschritten sei und im Frühling nun auch das Wirtschaftsleben ein neues Gewand anlegen werde. Da diese Versprechungen und Prophesien sich nicht erfüllten, wurde der Termin der wirtschaftlichen Auferstehung für einige Monate später angelegt, aber mit dem gleichen Erfolg. Als nichts mehr zu verbergen war, als die Ausweise der Syndikate einen immer stärkeren Rückgang der Produktion und des Absatzes erkennen ließen, auf den freien Märkten längst Preisschlüsse erfolgt waren, und auch die Syndikate notwendigen zu Preiserhöhungen schreiten mußten, Betriebs einschränkungen, Arbeitserentlassungen und Lohnkürzungen immer häufiger und umfangreicher zu verzeichnen waren, wurde von der Industrie und ihren Organen systematisch der Eindruck zu erwecken versucht, daß die Wirkungen der Krise sich gerade in Deutschland nicht mit besonderer Schärfe äußerten. Diese Taktik wurde festgehalten, und zwar zu dem durchsichtigen Zweck, den zahllosen Arbeitern und ihren Familien, die durch die Krise erwerbslos und broilos wurden, die berechtigten Ansprüche auf Milderung ihres Elends durch Aufwendung öffentlicher Mittel nach Möglichkeit zu verweigern.

So unvollkommen die Statistik des Arbeitsmarktes auch ist, ihre Zahlen beweisen doch zur Genüge, in welchem erschreckenden Umfang die Arbeitslosigkeit in Deutschland zunommen hat. Nach den Ermittlungen der Arbeitsmarktkorrespondenz betrug der Andrang in den deutschen Arbeitsnachwesen auf je 100 offene Stellen:

	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dez.
1907	127,9	120,7	95,5	92,8	103,7	109,5	158,9	151,7	180,5	141,8	161,5	144,3
1908	119,7	107,1	100,5	122,7	152,5	157,6	153,3	142,6	166,1	212,5		

In Wirklichkeit ist der Umfang der Verschlechterung noch weit erheblicher. Staats- und Gemeindeverwaltungen haben sich lange gesträubt, die von den organisierten Arbeitern geforderten Arbeitslosenzählungen vorzunehmen, dort wo sie nach dauerndem Drängen erfolgt sind, bleiben auch die gewonnenen Resultate dank der völlig ungültigen Erhebungsmethode noch weit hinter den grauen und traurigen Wirklichkeit zurück.

In der Statistik über den Außenhandel spiegelt sich der Umschwung der Konjunktur deutlich wieder. Die gesamte Einfuhr in den 11 Monaten des Jahres 1908 ergab 55577501 Tonnen verschiedener Waren gegen 60666038 im Vorjahr, außerdem 1467221 Stück gegen 1739525 Stück im Vorjahr. Der Ausfall gegen das Vorjahr ist erheblich und zeigt sich am meisten bei Erzeugnissen der Landwirtschaft, mineralischen und fossilen Rohstoffen und unedlen Metallen. Die Gesamtausfuhr in den 11 Monaten weist 41830617 Tonnen verschiedener Waren gegen 41022460 Tonnen im Vorjahr auf, außerdem 380777 Stück gegen 419384 Stück im Vorjahr. An der Steigerung von über 800000 Tonnen ist vornehmlich die Landwirtschaft beteiligt,

und zwar mit über 600000 Tonnen. Diese Summe erklärt sich aus der starken Getreideaufsuhr in diesem Jahre, zu der die Ausfuhrprämien anreizen. Es konnte festgestellt werden, daß den Exporteuren von Roggen in der Zeit vom 1. August bis 10. Dezember dieses Jahres an solchen Ausfuhrprämien nicht weniger als 19 Millionen Mark aus der Reichskasse gezahlt worden sind. Diese bedeutenden Summen, die den Großgrundbesitzern in den Zeiten glänzender Ernten und hoher Getreidepreise zufallen, verdienen um so größere Beachtung angesichts der Verweigerung jeder Hilfsaktion für die Arbeitslosen durch die Reichsregierung.

Mit außerordentlicher Schärfe zeigt sich der wirtschaftliche Niedergang in den Zahlen über die Roheisenproduktion Deutschlands. Es betrug die Roheisenerzeugung:

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
(In Tonnen)							

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Jan.	658888	792088	881058	766209	1018481	1082152	1061829					
Febr.	597884	744885	780460	872478	988484	978191	994186					
März	681849	854144	850940	805908	1058527	1099257	1048998					
April	672012	885568	883298	894898	1019149	1077708	979886					
Mai	710420	870371	867477	951431	1080740	1094914	1010917					
Juni	695078	889541	886785	818174	1021815	1044888	958426					
Juli	705921	865549	848827	942905	1054147	1123966	1010770					
Aug.	786886	875828	851651	968828	1064957	1117845	985445					
Sept.	718702	848839	883578	958780	1036758	1091020	928729					
Okt.	742502	869463	869253	1009494	1073874	1188676	941582					
Nov.	730928	842880	888826	988000	1061572	1122265	990798					
Dez.	756995	848748	871194	1029084	1069688	1108375						

Jan. Nov. 7648665 9232747 9958539 11408429 11989385 10798985

Die Auflösung des Roheisen syndikats hat starke Preiserhöhungen auf dem Roheisenmarkt hervorgerufen, nachdem die Preispolitik des Syndikats lange geäugert hatte, sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Die Auflösung des Syndikats selbst während der Krise ist von den großen gemischten Betrieben erwünscht worden, um durch einen scharfen Konkurrenzkampf den Kreis der Roheisenproduzenten nach Kräften einzuschränken, um also den reinen Hochofenwerken möglichst den Garaus zu machen. Hier haben sich die gemischten Werke die gleichen Ziele gestellt, wie den reinen Walzwerken gegenüber. Die Gewaltspolitik des Stahlwerksverbandes hat die reinen Werke zu dem Versuch einer Abwehraktion zusammengebracht. Ihre Fortsetzung nach Aufhebung der Eisengölle ist ungehört verhallt, bei den furchtbaren Verhandlungen, an denen neben den Vertretern der gemischten Betriebe und den reinen Werken noch Vertreter der preußischen Regierung teilnahmen, ist den reinen Werken wiederum erklärt worden, daß an die Erfüllung dieses Verlangens nicht zu denken sei. Der Stahlwerksverband kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß den verbrauchenden Industrien für Haltzeug auch nach der längst eingetretenen Verschlechterung der Wirtschaftslage Preise dictiert werden, die eine Konkurrenz der reinen Werke fast unmöglich gemacht haben. Zugleich hat der Stahlwerksverband dieselben Produkte zu Schleuderpreisen nach dem Ausland geworfen. Trotz dieser Massenverschleuderung nach dem Ausland ergab sich ein stetiges Nachlassen seiner Verkaufszahlen, ein erhöhter Beweis für die arge Verfassung des Inlandsmarktes. Es stellt sich der Verband des Stahlwerksverbandes in

	Saltzeug	Eisenbahnmateriel	Formisen					
1906	1907	1908	1906	1907	1908	1906	1907	1908
(In Tonnen)								

Jan.	175982	154815	101460	154859	188986	214557	129012	146370	67089
Febr.	126515	141847	108854	155671	118311	207562	125376	124806	104092
März	1780521	147769	181866	172698	208168	198841	177107	152972	155521
April	1584911	142516	104703	147000	172123	141128	163665	166243	126125
Mai	155947	120369	114594	179190	188316	162919	184424	175028	137849
Juni	156869	136842	98056	148168	200124	165193	176457	177597	115109
Juli	145657	121574	114493	149931	187151	147420	189975	179701	126954
Aug.	147384	139645	125464	141694	195718	159324	183919	186106	116258
Sept.	158280	125291	127649	1					

zusammen, eine Macht, die sie die Gewerkschaften nicht mehr aufhalten kann. Die Regierungen haben nicht nur die Gewerkschaften aus dem Staate bei Gewaltmaßen überdröhrt, sie haben ihnen auch geholfen, um die Gewerkschaften einen weiteren Widerstand zu ermöglichen, den Gewerkschaften durch die großen Gewalten des Gewerkschaftsvertrags befehlten wurden, ohne eigentlich dies einzusehen. Diese Gewerkschaftsverbände sind mit rücksichtigen Gewaltmaßen gegen Gewerkschaften gehangen, damit erhöhte sie das Ziel, den Gewerkschaftsverbund, den Gewerkschaften entzieht, zu einer Art, der das bad Schlimmste großer Gewalten von britischem Herren auf die verschiedenste Art brutal zerstört wurde oder durch Rebellenlosigkeit ganz aufhörte. Wenn unter diesen Umständen die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeitarmassen, an den Organisationen festhielten, einzelne Gewerkschaften sogar unter diesen schwierigsten Verhältnissen ihre Mitgliedschaft erhöhen konnten, so ist das ein eindrückendes Zeugnis für die Unkenntnis des Arbeiterschaft, daß nur durch Waffenlos geschlossene, kampfähige und kampfgetriebene Organisationen die Wahn frei gemacht werden. Fann für eine Wirtschaftsversammlung, in der die Reihe ihrer Schrecken für die Arbeiterschaft vorliest und schließlich völlig ausgeschaltet werden kann.

24 Die Frage nach der besten Entlohnungsmethode bildet immer noch für die Unternehmer den Gegenstand eingehender Untersuchungen und Diskussionen. In der einschlägigen Fachpresse ist dieses Thema längst noch nicht als acta gelegt worden. Wenn man die große Zahl der Lohnsysteme betrachtet, die im Laufe der Jahre vorgeschlagen und ausprobiert wurden, so sind es drei Arten, die auch heute noch unsere besondere Beachtung in Anspruch nehmen

... und zwar: 1. die Gewinnbeteiligung; 2. der sozialen Gruppenakkord; 3. die ramenmethode. Die Frage der Gewinnbeteiligung des Arbeiters am JahresgeWINN des Unternehmers durch BESPRÄMEN hat eine Zeitslang eine große Rolle gespielt. Als den Kaiserlichen Februarerlassen die „neue Ära“ begann, zeigten unsere Kathedersozialisten besonders betriebsam, die Frage der Gewinnbeteiligung weiter zur Diskussion zu stellen. Mit der Gewinnbeteiligung glaubte man für die industrielle Arbeiterschaft die endende Parole gegen die Not der Zeit gefunden zu haben. Proleten, Schöpfer und Menschheitbeglückter, teils christlich überigt, teils der neuen sozialpolitischen Mode huldigend, wollten Welt mit ihrem Heilmittel beglücken. Eine Bewegung entstand.

Wirtschaft bleibende Resultate aber wurden nicht erzielt und heute, nach beinahe 20 Jahren, konsolidiert mit begreiflicher Resignation der Betriebsleiter H. Treese, der sich auf dem Gebiete der Gewinnbeteiligung besonders eifrig getummelt hat, „daß die geringe Zahl Betriebe, die die Gewinnbeteiligung in größerem Umfange für Angestellten und Arbeiter eingeführt haben, bestenslich erscheinen“<sup>1</sup>. Diese Tatsache kann nur für den „bestenslich“ sein, der sich unserem Unternehmertum eine falsche Vorstellung macht. Die Gewinnbeteiligung ist eine glatte Utopie, von Leuten ausgedacht, die ein gutgemeintes sozialpolitisches Experiment die in der heutigen Wirtschaftswelt begeünbeten Gegenstände zwischen Unternehmer und Arbeiter künstlich überbrücken wollen. Oder aber die Gewinnbeteiligung ist ein klug angelegter Schwindel, von geschickten Unternehmen eingespielt, die unter der Maske von Arbeitersfreundlichkeit raffinierter die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft betreiben.

In seiner Studie: „Warum gibt es in den Vereinigten Staaten ein Sozialismus“ gibt S o m b r i t eine sehr hübsche Zusammenfassung von amerikanischen Experimenten der Gewerkschaftsbeteiligung. Anders ist ja der amerikanische Unternehmer Meister in der Sache, durch mancherlei Kenntnisse und Erfahrungen den Arbeiter an den ehrlichen Betrieb zu fesseln. Sehr zutreffend charakterisiert diese Herr Sombart damit, daß die amerikanischen Formen der Gewerkschaftsbeteiligung gewiß alles Kleingleichen seien, aber keine Geschwader tragen die Freundschaft. Objektiv betrachtet, wird in keinem Lande der Arbeit vom Kapitalismus so ausgebunzt wie in den Vereinigten Staaten. In keinem Lande der Welt reicht er sich in Zielen des Kapitalismus so blutig, radet sich so rasch zu Ende, dort. . . . Und es ist eines der glänzendsten diplomatischen Erfunde, daß der amerikanische Unternehmer (ebenso wie der Gespöckeliter in seiner Weise) den Arbeiter trotz aller tatsächlichen Veränderung bei einer Einnahme zu erhalten verfügen kann, also

Die beständigen Arbeiter werden sich die sogenannte Gewinnabrechnung, in welcher Form sie am häufigsten eingesetzt wird, nicht entgehen lassen. Die Gewinnabrechnungen werden daher jürgen, dass der Arbeiter nicht durch beständige Expertensteuer einzutragen ist. Die Gewinn-

igung der Arbeit ist bei uns in Deutschland keine einzige Bereicherung haben.

Das zweite Ziel ist es, dass in der Entwicklung der Organisationen oft als Ziel gesetzt wird, in der genossenschaftlichen Gruppen aufzufordern. Unter diesem Maßstab ist nicht die sozialistische Unternehmungsspirale, sondern die gemeinschaftliche Entwicklung der Arbeit zu verstehen. Die Arbeiter verbinden sich ihrer Arbeitsgruppe und bestimmen selbst, wieviel und welche zwei die Gruppe bilden sollen, die bereitstellen die Fortsetzung Vollentwicklungs unter sich nach einem für geziert und billig eines Modells nach anderen einen Betrieb selbst aus führen. Diese Fortschreibungsform hat nun nicht lange bestanden. Entwickelt sich dieses das Fortschreibungsmodell mit allen jenen und Produkten für die Arbeiter oder durch Unmöglichkeit den Arbeitern selbst geht der Unternehmer dazu über, mit einem einen Arbeit abzugeben. Stets liegt auch die Fortsetzung der Wirtschaftsspirale und sie damit an-

Die dritte Sache, die sehr bewußt war, ist die Unterscheidung  
~~der~~  
drei verschiedenen Arten von Tropischen Schreinungen,  
die verschiedene Theologie und Leben haben zu  
sein. Bei der Unterscheidung der drei Arten von Tropischen Schreinungen  
wurde festgestellt, daß die Unterschiede sich zunächst dem Menschen-  
vermögen des Betrachters und der unterschiedlichen Schreinungs-  
art - das meint, daß Menschenverschiedenheit kann diese  
Schreine", wie Gomati, Gobha, Rati, berichtet, drei  
verschiedene Schreine von einer einzigen Gottheit seien.  
Vorhergehend ist bei dem drei Schreinen eines Gottes,  
die gleiche Schreinung gleichen Werks zu finden, wie es  
unter den unterschiedlichen Schreinen gefunden wird, hat  
jedermann Schreinung unterscheiden, der eine jede Schrein-  
ung mit der anderen Schreinung leicht sieht. Der  
dritte Schrein besteht aus dem ersten und zweiten, nachdem  
die Unterscheidung eines Schreins durch ein unveränderliches  
Zeichen gegeben, dessen Einführung es ist zu dem dritten Schrein.

✓ Das Organisch zum Gewerbe ist kein beständiger Zustand der  
Gesellschaft und sein gesetztes Gesetz nicht in dem Stoffe zu  
verstehen. Es besteht aus der Auseinandersetzung. Der beständige  
Arbeiter glaubt an seine Kraft, keine Organisation ist sein Werkzeug.  
sein ganzes Wesen ist durch Berufsstudium. Die Organisation kann den  
Arbeitsmarkt nur durch bessere Löhne befriedigen. Der beständige orga-  
nisierte Arbeiter hat bei der Durchsetzung schon ein technisch bestmögliches  
Vorgerüst. Allerdings führen auch die beständigen Unternehmungen sel-  
ten direkt zum Erfolg, denn sonst wären es nicht so  
viele mehr Unternehmen eingeschafft worden.

In seinem Handbuch der Bühnungsmechaniken von David Gobbi stellt Professor Bernhard, der dieses Werk bearbeitet hat, die These auf, daß die Zukunft der Bühnungsmechaniken im wesentlichen von der Entwicklung des Kino-Systems abhängig sei, dies sei nicht nur die herrschende, sondern auch die fundamentalste Methode, die den höheren Normen auf Höhe plane.

Nach den neuen Veröffentlichungen des Kaiserlich Statistischen Amtes über Tarifverträge haben wir uns auch mit der einheitlichen Regelung über Lohnfragen in Tarifverträgen für den Maschinenbau und für die Elektrotechnik zu beschäftigen. Die Tarifentwicklung besteht vorwärts, in immer größerem Umfang werden zwischen den Unternehmungsorganisationen und den Arbeiterverbänden tarifliche Vereinbarungen abgeschlossen. Nur in der Großindustrie zeigen sich st überall entgegengesetzte Tendenzen, der Unternehmer stellt den Arbeitsvertrag nur einseitig auf, die Entlohnung für eine Arbeit steht mit dem Arbeiter nicht vereinbart, sondern wird ihm dictiert, ist erzwingen. Die Voraussetzung für brauchbare Tarifverträge ein gesundes Kreditsystem und die Grundlage eines regelrechten Kreditsystems bildet eine sachgemäße Kalkulationsmethode. Dieses wirtschaftlich Industrieller Verwaltungswissenschaft soll in einem späteren Artikel behandelt werden.

„Arbeiter unseres gemeinsamen Vaterlandes! Steht bei euren  
Freunden, opponiert und schlägt eure Feinde, ob sie nun Kandidaten  
für die Präsidentschaft oder fürs Abgeordnetenhaus, oder für  
Exekutive, Legislative oder Justiz. Steht zu euren Unionen;  
liefert euch von dem Geiste der Einigkeit, der Brüderlichkeit und der  
Friedensliebe führen!“ Mit diesen Worten wurden die in den  
Unionen vereinigten Arbeiter Amerikas von ihren Führern für die  
Wahlkämpfen, die Korruption aller Parteien, animiert; mit dieser  
Aufforderung auf dem Bonner wagten die unionistischen Strategen den  
Kampf. Jetzt nun, nach der Wahl, ist es von Interesse, nachzu-  
schauen, wieviel Arbeiter f e i n b e geslagen und wieviel Arbeiter-  
u n d e getreulich gefördert wurden. Und besonders auch,  
welt der Geist der Einigkeit, Brüderlichkeit z. die Union-  
schaft führte.

Leider läßt sich auch heute, zwei Wochen nach der Wahl, ihr Gang nicht mit offiziellen Zahlen darlegen. Ferner mangeln wegs verlässliche Detailszahlen. Die amerikanische Freiheit ist nur eine Legende. Uebrigens nimmt man es hier mit einer en Sache nicht so genau. Die Großzügigkeit der Amerikaner es nicht zu tieferer Beschäftigung mit solchen Kappalien kommt. Abend des Wählertages hatte sich noch nicht ganz heruntergekämpft, als auch schon in Lauenburg von Straßen Feuerwerk und Himmel emporchlügen und aus unzähligen Blasinstrumenten stiche Freude tönte. Freude über wen, über was? Nun, über Sieg. Wer aber den Sieg davongetragen hatte, wußte noch noch niemand, das so „jmarie“ voll feiert eben den Sieg Siegers. Kommt hoffn. Doch das nur nebenbei.

Siegess. Es muß dazu. Doch das tut nebenbei.  
Gefiegt haben wieder die Republikaner, die Partei des Groß-  
als, die jatte Reaction; die Demokraten, die Partei der  
stigeren Korruption, die hungeige Reaktion, die Partei der  
Arbeiterfreude unserer Unionswiesen hoffnungslos ge-  
hen; die Sozialisten, die einzige Partei des Fortschritts, der  
ressentientretung des arbeitenden Volkes, hat einen nach Lage  
Dinge ganz bedeutenswerten Fortschritt gemacht, hat ein-  
schließlich Hunderttausend, wenn nicht noch mehr, neue Streiter

Sie aber hatten die Republikaner einen solchen elektronen Sieg, die Demokraten ein solches Waterloo erwartet. Und demnach e' denn außerordentliche Frage der rasche Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zur Konzentration und die daraus, wenn auch gezwungenenmaßen, reflektierende politische Veränderung nicht lösen. Vor zehn Minuten sagtest du von Rissoni aus in der "Götter Zollszärtigung am Strand meiner bis davor unbekannten Schärnehangen": . . . In den Hoffnungen der sozialistischen Partei, vorsätzlich in den Südstaaten, wo die reicheren, mittelprägenden Händler von dauer Threestaffeln, die eins in der Zeit der Slavebefreiung trauften, bestechet wurden durch den "sozialistischen Union" eines u. a. Sie gehen gewisslos zum linken Flügel des Kapitols, zum erwartungsgemäß den Thron und huldigen endlos dessen Herrn: dem (republikanischen) Senator Aldrich. Um die Partei der demokratischen Partei wird sich mehr und mehr der kleinliche traditionelle Hassen schieben. Für ihren Bismarckismus, Verfestigung der Demokratie Oberherrschaft im West und den Überseeen mögte, und war vielleicht noch die Republik von weise und vertraglich zu haben. Sie wird im Range der alten Partei (Progress) in eine Art "Sozialkonservativen" Partei bzw. "Union" umändern müssen. Mit der Rückkehr des Rückengangs der demokratischen Partei ist auch ein Teil ihrer Leistung der Sozialdemokratie geflüchtet. . . . Die demokratische Partei wird später mehr und mehr der Sicht der Verfestigung der Sozialdemokratie verschwinden.

gewisslichkeit der gesetzliche sans parcer . . .  
Sowohl wie die Demokraten bisweil wichtiger den Sieg  
ist, aber doch weniger ein gewölktes Kapöpellen ihres  
Rechts und Gewissung geschickter Eindruck. In beiden mög-  
lichen Entwicklungen glauben sie begründeten Anlaß zu haben.  
Was nicht Gombergs, das Skript der American Federa-  
tion of Labor, seine "mäßige" Forderung? Hatte er  
nicht seine Erfahrung von zwei Millionen — wenigstens  
et's auch bei Millionen — berücksichtigt? Und wurden die  
gewölkten Verhältnisse über den gewölkten Sieg der  
linken Arbeiterschaften der großen Stadt" empfohlen  
ausgeführt? War die Demokraten glaubten eine reelle Quelle für die  
Gewissung ihrer Hoffnungen zu haben. Und endlich auch die  
et und wichtigste Reaktionen in den Unionen. Nach den Re-  
sultaten dieser direkten Beurteilung der Dinge zeigt ganz geheuer. Sie  
widerstreiten sie mit den ihnen noch gebliebenen Gefahren  
einander. Daß es auch dabei an Weisheitlichkeit und Ge-  
schicklichkeit nicht gegebt hat, ist selbstverständlich. Eine Erfahrung  
langjährige Erfahrung ist den Geschäftsführern in den Unionen  
gerader Eher zum ersten nicht befähigten. Dennoch kommt  
etwa auch die Erklärung für ein solches Schätzfehler ent-  
eines Engagements nach herkömmlich getroffen zu sein. Da ist  
Schluß der Rückblick der Longshoremen's Union. In diese

Stadt hatte nicht nur dem Stand der offiziellen Gegner der American Federation of Labor verfolgt, wenn er den Schlußausklang der „Wahlrede“ (Speech) unterfiel, sondern auch als Reaktion auf American Federation of Labor und Weißwurst unterfiel. Dass aber, ob die Wahlen der „Freunde der arbeitenden Arbeit“ bekannt wurde, bei er als einer der ersten berücksichtigten Gegner, den erwiderten Präsidenten der Republikaner, telegraphisch an seinem Erfolg bestätigt wurde. Durch diese telegraphische Ankündigung, eine Gewinnungskumpel im Capitol, brachte es sich für die Verteilung des Hauses, für die Vergabeung der Abstimmungen in empfehlende Erinnerung. Eine Einladung zum Dinner im Weißen Hause ist dann dem Meese und noch anderen getreuen Labor Leaders prompt zugegangen.

Bum großen Unglück für die Demokraten waren alle ihre Un-  
stimmungen und bewagöglischen Anfälle umsonst und die Erwar-  
tungen, die sie auf den Comptet setzten, sind in brutaler Weise ins  
Gegenteil korrigiert worden. So ist für die demokratische Partei die  
Ausflucht geschwunden, jemals wieder eine nationale Rolle zu spielen.  
Ihr nun dreimal geschlagener Führer, Bryan, hat den letzten Schein  
seines Prestiges verloren. Da in Amerika die Partei, die ein (oder  
ein paar) Mal nicht zum Siege kommt, für die große Masse keinerlei  
Interesse und Anziehungskraft mehr hat, so ist es um die demo-  
kratische Partei geschehen. Die Republikaner und die Sozialisten  
werden ihre Erben sein. Es scheint, Ward Hanna, der genialste  
politische Vertreter der Großbourgeoisie, hatte Prophetengabe genug,  
wenn er sagte, daß im Jahre 1912 der Kampf nur noch  
zwischen Sozialisten und Republikanern ge-  
föhrt werden würde.

Unterschis hat der Wahlausgang noch unzweckmäßig bewiesen, daß der Präsident der American Federation of Labor keine Ahnung von der politischen Meinung innerhalb seiner Organisation hat, daß sein Einfluß über seine Anhänger nicht über dem Nullpunkt steht und die „größte Arbeitersorganisation der Welt“ weder Disziplin besitzt noch politischen Einfluß auszuüben vermag. Denn das Unionbotum ist nicht der von der Gewerkschaftsleitung gewollten Richtung gefolgt, sondern eher der entgegengesetzten. Noch mehr. Erklären die bis jetzt vorliegenden Wahlzahlen nicht, so ist in den Orten, wo Gompers persönlich für die Demokraten agitierte, die republikanische Stimmenzahl wider Erwarten in die Höhe gegangen. Mit anderen Worten, das Eingreifen des Präsidenten der American Federation of Labor hat den Sieg seiner Feinde erleichtert. Ein harter Schlag!

Zedenfalls hat die Wahl die Ohnmacht des Unionismus in der  
Oessentlichkeit und die Verlehrtheit seiner politischen Maßnahmen  
unübersehlich bewiesen. Daraus entsprechen glücklicherweise manche  
Vorteile. Besonders der, daß hinsichtlich die Verschächerung des  
Unionvorums ein bankrottes Geschäft sei wird. Denn wer wird  
noch glauben oder zählen wollen, wo die Tatsachen bewiesen  
haben, daß nicht nur kein Vorteil, sondern Nachteile wirken? Weiter  
wird es hinsichtlich mit dem Haustieren der Arbeitersforderungen in den  
Sousloirs des Kapitols seine Schwierigkeiten haben. Ging es bis-  
her schon nicht gut, so fernerhin noch viel weniger. Denn die Re-  
publikaner, als die „Feinde der organisierten Arbeit“, sind mit starker  
Mehrheit wiedergewählt, das Volk hat ihnen und ihrer Politik gegen  
die organisierte Arbeiterschaft Recht gegeben. Sie werden gegen die  
rechte mit verstärktem Elfer fortfahren. Eine Einwendung dagegen  
können sie mit dem Hinweis auf das Wahlergebnis abtun. Erhielten  
sie jetzt die antichambrierenden Unionleute als Freunde nichts wie  
eage Versprechungen und warme Händedrücke, so werden sie von  
nun an als Feinde bestimmte Abweisungen und kalte Hände zu  
fühlen haben. Damit wird nun auch endlich das von unseren  
Unionstrategen soviel geprägte Mittel zur Verfechtung der Arbeiter-  
interessen, die Lobby, das Antichambrieren, in Wegfall kommen  
müssen. Und das ist recht auf so

Im allgemeinen kann der Arbeiter, der nichts willigt als einen Kapitalismus, sich gefrost der Wahl enthalten, denn den Kapitalismus hat er schon. Und wenn die Gewerkschaftsleitung keinen besseren Rat den Arbeitern zu geben wußte, als für eine kapitalistische Partei zu stimmen, hätte sie weiter schlafen können; sie hätte damit bedeutend besser gefahrene eifige Agitation für die Demokraten rüttelte den simplen Arbeitersmann auf, machte ihn stutzig. Dieses korrupte Gesindel konnte zur Genüge. Es wäre vielleicht daheim geblieben oder hätte für die Sozialisten gestimmt. Aber die Furcht, diese „Freunde der organisierten Arbeit“ könnten siegen, trieb ihn mit dem republikanischen Wahlkampf zur Wahl.

Man sündigt nicht ungestraf't ein ganzes Menschenalter lang, die gräßliche Vernachlässigung der Ausbildung der Arbeiter in den Unionen, die Unterlassung, sie zum Klassenbewußtsein zu erziehen, so Schmouzen an den Tafeln des Ausbeutertums, die beständige Korruption und Prostitution der Unionsbeamten und ähnliches Recht hat unsern Labor Leaders gebracht, was sie reichlich verdient haben: die zahlreiche Bestätigung ihrer Unvereinbarkeit des eigenen Gebietes, ihrer politischen Ohnmacht und öffentlichen Kreditlosigkeit und den glänzenden Sieg des Vaters des

Es ist nicht viel gutes aus der Schweiz zu berichten, denn die Signatur der Zeit ist hier wie in allen anderen Industrieländern die allgemeine Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Wirkungen, deren markanteste die Arbeitslosigkeit ist. Die Arbeitsämter (circa ein Dutzend), die in der Schweiz bestehen, bestätigen Monat für Monat die tiefe Depression auf dem Arbeitsmarkt und gegenwärtig dürften durchschnittlich zwei Arbeitssuchende auf eine offene Stelle kommen. Das Wirtschaftsleben wird sich im Laufe des begonnenen Jahres noch weiter geringeren Interessen der Arbeiter verschärfen, was unweigerlich auch die fortwährend steigende Frequenz der Natural-

Mit der Arbeitslosenstatistik ist man in den Städten noch im Rückstande. Für den Basel wurde berichtet, daß 393 Arbeitslose

Wohinnde. Zur von Basel wurde berichtet, daß 393 Arbeitslose (Zoglhörner, Handlanger, gelernte Arbeiter aller Art, Kausleute etc.) gezählt wurden, wovon die verheirateten 637 Kinder haben, wozu dann noch die Stönen kommen, so daß etwa 1200 bis 1300 Personen direkt und indirekt in dieser Stadt allein von der Arbeitslosigkeit und ihren schlimmen Folgen betroffen sind. Und wie in Basel ist es auch an anderen Orten, vielleicht da und dort sogar noch schlimmer.

In der Uhrenindustrie herrscht auf der ganzen Linie nach wie vor teilweise oder gänzliche Arbeitslosigkeit. Eine bezügliche Erhebung der zwölf Uhrenarbeiter-Organisationen hat Ergebnisse geliefert, die der Regierung des Kantons Bern, der sie, zu einem Berichte verarbeitet, vorgelegt wurden, als „Übertribungen“ erschienen. Sie wandte sich daher zur Erlangung eines günstigeren Situationsberichtes an die Organisationen der Uhrenfabrikanten, die aber die „bedeutlich“ gehabte Darstellung der Arbeiter nicht nur bestätigten, sondern die Notlage noch größer darstellten als die Arbeiter. Die Regierung, die nun einmal nicht gern einen Notstand geben lassen will, veranlaßte eine dritte, und zwar amtliche Untersuchung der Verhältnisse in der Uhrenindustrie, deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind. Sicherfalls hat aber auf der ganzen Linie

an dem Schiedsgericht und für alle beteiligten wirtschaftlichen Interessen nichts zu ändern vermögt, denn man hat die Hölle zug folgende Maßnahmen zur Sicherung der Hölle beschlossen: 1. In allen Gemeinden das Vorrecht einer, former in den Begegnen Wohl, Wissen und Güte, ist für die in der überwiegenden Brüderlichkeit Arbeit und Schiedsgericht, welche bislang der herrschenden Geschäftsführung verdeckt aber im Verdienst wesentlich bestrebt sind, eine besondere außerordentliche Hilfseistung einzurichten. Unter den erwähnten Personen haben auch diejenigen an der Hilfe Anteil, die in Geschäften arbeiten, welche als Hilfsgewerbe der Uhrenindustrie zu betrachten sind. 2. Die Hilfseitung wird durch eine von der Gewerkschaft zu bestimmende, aus Beamten der Armenpflege und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter bestehende Kommission vermittel. 3. Um Hölle der Verneigerung der Hilfe kann die Arbeiter keine Befreiung an den Gemeinderat richten. Gegen den abwehrenden Entschied dieser Behörde steht ihm binnen 10 Tagen der Berufung an den Regierungstatthalter zu. 4. Die Hilfe kann in natura geleistet werden. 5. Den Gemeinden, welchen die Mittel für diese außerordentliche Hilfseitung fehlen, macht der Regierungsrat auf deren Ansuchen unverzügliche Vorschläge, die binnen 10 Jahren von der Einstellung der Hilfseitung an gerechnet durchzuzahlen sind. 6. Diejenigen, welche in Anwendung des gegenwärtigen Beschlusses Hilfe geleistet wird, gelten nicht als unterstellt im Sinne des Armentages, selbst dann nicht, wenn die betreffenden Gemeinden die Vorschläge des Staates nicht in Anspruch nehmen. 7. Von diesem Beschluss wird gemäß Art. 89 der Staatsverfassung dem Großen Rat in seiner nächsten Session Kenntnis gegeben. — Dazu ist verschiedenes zu bemerken. Zunächst ist es das Gegenteil von Sozialpolitik, mit einer solchen außerordentlichen Notstandsschaltung, bei der es sich, wie die Regierung selbst erklärt, nicht um Armenunterstützung handelt, die Armenbehörden zu betrauen. Dadurch wird die ganze Hilfe zu einer unvördigen und demütigenden Armeschame, wenn auch damit nicht die Folgen der Armenunterstützung verbunden sind. Wird die Landwirtschaft durch Elementarerfolgsfälle geschädigt und für sie eine Hilfsaktion unternommen, so fällt es keinen Menschen und schon gar nicht der Regierung ein, die Armenbehörden an ihre Spitze zu stellen, eher übernimmt gleich die Regierung selbst die Leitung.

Und während bei solchen agrarischen Hilfseitungen von der Finanzierungnahme der Gemeinden abgesehen wird, dafür aber gleich die Mittel des Staates in Anspruch genommen werden, verneint man die ohne eigenes Verschulden notleidenden Arbeiter an ihre Gemeinden, die bei der Dezentralisation der Uhrenindustrie zu einem großen Teil Arbeitergemeinden sind und nur über wenige Hilfsmittel verfügen. Alles, was die agrarisch-kapitalistische Regierung für die schwer bedrängten Arbeiter tun will, ist, den Gemeinden unverzinsliche staatliche Darlehen zu gewähren, von denen sie aber im Hinblick auf die kommende Rückzahlung nur in sehr bescheidenem Maße Gebrauch machen werden. Dementsprechend wird die Unterstützung der Arbeiter sehr gering ausfallen, obwohl sie sie in reichem Maße nötig hätten, da in manchen Uhrenfabriken nur 2, 3, 4, 5 Tage in der Woche und da erst noch bei ungenügender Beschäftigung gearbeitet und natürlich bloß ein ungenügender Verdienst erzielt wird. Notstandsarbeiten der gewöhnlichen Art sind bei der Kleinheit vieler der in Betracht kommenden Gemeinden und der nur teilweise Arbeitslosigkeit wie auch der Feinheit der Arbeiten in der Uhrenindustrie, an die die Arbeiter gewöhnt sind, nur schwer auszuführen.

Da verfallen nun die bürgerlichen Gemeindebehörden auf andere Auswege. So meldet die bürgerliche Presse unter der Spitznamen „vernünftige Maßnahmen“: „Das mit der Anordnung von Maßnahmen gegen die in der Uhrenindustrie herrschende Arbeitslosigkeit beauftragte Komitee hat dem Gemeinderat von Delsberg den Wunsch ausgeträumt, er möchte für die nächste Zeit keinerlei Aufführung von Kinematographen, Karussells und derlei Unternehmungen gestatten. Der Gemeinderat ist auf diesen Antrag eingegangen.“ Jedenfalls sind diese „vernünftigen Maßnahmen“ ebenso einfach wie billig, aber Brot bieten sie den notleidenden Arbeitern nicht.

Sehr bemerkenswert ist, daß trotz allem der Uhrenexport noch immer große Bedeutung hat, er betrug vom 1. Januar bis 30. September 1908 84,4 Millionen Franken gegen 98 Millionen in der gleichen Zeit von 1907, so daß der Rückgang nur 14 Millionen beträgt. Dabei ist aber im dritten Quartal eine Verminderung des Exports gegenüber 1907 um 16,4 Prozent (von 34,5 auf 28,9 Millionen) zu verzeichnen gewesen, im ersten Halbjahr hatte er nur 13,9 Prozent betragen. Das vierte Quartal verlief indes offenbar noch schlechter als das dritte.

Schlimm, namentlich im Hinblick auf die Zukunft der schweizerischen Uhrenindustrie, ist die Errichtung von Uhrenfabriken im Ausland durch schweizerische Uhrenindustrielle. So hat der Uhrenfabrikant Perrenoud in Chant-de-Fonds in Berlin eine Fabrik für sämtliche Zweige der Uhrenfabrikation gegründet, in der Schweiz dagegen ist die Spezialisierung der verschiedenen Branchen ausgebaut. Man erwartet aber ein sichteres Fiascio des Unternehmens wegen Mangel an Arbeitern, weil nach einem seit Jahren bestehenden Übereinkommen zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen der Uhrenindustrie Arbeiter, die in solche ausländische Konkurrenzgeschäfte eintreten, bei ihrer eventuellen Rückkehr in die Heimat, als Uhrenarbeiter nirgends mehr Arbeit erhalten. Der Fall ist allerdings wiederholt dagewesen und ebenso sind mehrfach neue ausländische Konkurrenzunternehmungen wegen Mangel an geeigneten Arbeitern wieder zugrunde gegangen.

Es ist ein Irr der Notwehr, der hier geübt wird, dem man die Berechtigung nicht absprechen kann. Etwas anderes ist es aber, ob bei der fortschreitenden Verbesserung des mechanischen Betriebes der Uhrenfabrikation auf die Dauer das Ausland vom hochqualifizierten schweizerischen Uhrenarbeiter abhängig bleibt, oder ob er nicht entbehrlidh wird. Die schweizerische Arbeiterpreise zu dieser Frage: „Die Verschleppung der schweizerischen Uhrenindustrie ins Ausland geht ihren Weg, auch wenn man die Uhrenmacherjoulen den Ausländern verschließen würde. Das sollte dann doch auch dem leichten System-Dudelsackpfeife bekannt sein.“

Zum Gegenseit der Uhrenindustrie hat die schweizerische Maschinenindustrie ihren relativ bedeutenden Export in der bisherigen Krise nicht nur behauptet, sondern sogar noch erhöht, der Werte wie dem Wert nach. Er betrug nämlich in den drei ersten Quartalen 1908 um 12000 Doppelzentner mehr als in der gleichen Periode 1907 und dem Werte nach 59,2 gegen 54,1 Millionen Franken, um 5,1 Millionen mehr. Davon entfällt über mit 1 Million (20,48 gegen 19,48) auf das dritte Quartal, die übrige Steigerung also auf das erste Halbjahr, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die Geschäftsleitung der Maschinenindustrie im vierten Quartal eine erhebliche Abschwächung erfährt, namentlich infolge der beschränkten Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes. Zu dessen Beurteilung mag auch der Rückgang der Einfuhr an Erzeugnissen der Maschinenindustrie von 34,0 auf 30,9 Millionen dienen. Ein bürgerliches Blatt schließt daraus einseitig auf eine wachsende Selbstständigkeit in der Deckung des Bedarfs des eigenen Landes und läßt die Tatsache ganz unbeachtet, daß auch in der schweizerischen Maschinenindustrie ganze und teilweise Arbeitslosigkeit herrscht. Der Standpunkt des bürgerlichen Blattes würde hierfür gar keine Erklärung bieten können, denn im Gegenteil müßte von ihm aus der Beschäftigungsgrad und die Zahl der Arbeiter gestiegen sein.

Den Resten, ob er jetzt der schweizerischen Widerstandsfonds in dieser Krise wieder wie in der von 1900, in der sich die Wirkungen des Kriegs auf 1901, 1902 und 1903 recht ähnlich machten und ganz Teil zu Wissensentzerrungen in Widerstandsfonds führen. Solche es aber diesmal nicht so schlimm kommen, und wie wahrscheinlich, kann es sehr leicht für die Metallarbeiter.

Aber den Zentralwiderstandsfonds und das Streitkasse werden durch die Kenntnis dieses Vortrages nicht berührt. Wer zweite Wahl bringt eigentlich, zum Selbstverständlichkeit, er erinnere die schweizerischen Mitglieder Widerstandsfonds daran, daß die Vereinssatzung ebenfalls auch für sie bindend sind. Es lautet:

„Der Vorsitz des vorigen Verbandsstages über die Zentralisierung des Widerstandsfonds ist wie alle anderen Beschlüsse des Verbandsstages auch für die Mitglieder im tschechischen Gebiet Böhmen bindend. Diese Mitglieder sind deshalb verpflichtet, vom 1. Januar 1909 an die Steuer für den Widerstandsfonds zu entrichten und es ist diese Steuer mit der Monatsabrechnung abzuführen. Der bislängige Streitkasse der Prager Executive ist Vermögen des Verbandes der Metallarbeiter. Er verteilt jedoch zur Verfügung der Prager Executive oder der zu wählenden Organisationssatzung und darf nur zur Unterstützung von Lohnbewegungen der Metallarbeiter verwendet werden. Die Executive ist verpflichtet, über gemachte Zugaben an die Zentrale Bericht zu erstatten und es steht dieser frei, die Verwaltung dieses Fonds zu kontrollieren. Der Verbandsstag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Delegierten und Mitglieder der Executive alles tun werden, damit dieser Beschluß rechtzeitig und im Interesse der Gesamtorganisation der Metallarbeiter durchgeführt wird.“

Man einigte sich dann dahin, daß anfangs Januar Landeskonferenzen abgehalten werden sollen, in denen den tschechisch-österreichischen Mitgliedern die Notwendigkeit des zentralisierten Widerstandsfonds angesprochen wird.

Aber die „Aufgaben der Gesetzgebung“ erläuterte Dr. Engwer ein Referat, das sich in erster Linie gegen das in Österreich für jeden Arbeiter zwangsläufig eingeführte Arbeitsbuch richtete, wodurch der Arbeiter mit der Kontrolle unterstellt Prostituierten auf eine Stufe gestellt wird. Ferner gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung, monach der streitende Arbeiter wegen Vertragsbruch verurteilt werden kann. Wenn der Unternehmer den Vertrag bricht, kann er nur zur Zahlung des Lohnes für vierzehn Tage verurteilt werden, der Arbeiter dagegen kann mit Arrest bis zu vierzehn Tagen verstrafen werden. Der Unternehmer kann den Arbeiter auch mit Gewalt zur Arbeit zurückbringen lassen. Außerdem kann der Arbeiter nach der österreichischen Gewerbeordnung auch zum Schabernasch an den Unternehmer bis zur Höhe von Tausenden von Gulden verurteilt werden, wenn er zufälligerweise vielleicht im Besitz von Vermögen sich befindet. Beim letzten Senatenarbeiterstreik zahlten die Unternehmer den Streitenden den verdienten Lohn nicht aus, was eine größere Summe für jeden Arbeiter ausmachte, da der Lohn der Senatenarbeiter erst nach Ablauf eines Monats bezahlt wird. Wo die Arbeiter diesen Lohn eingeklagt hatten, erklärten die Gerichte, sie könnten jetzt nicht entscheiden, da die Unternehmer an den Arbeiter Erziehungsprüfung hätten und diese erst ausgelagert werden müssten. Der Redner formulierte dann die Forderungen, die an das Arbeitersrecht gestellt werden müssen, sowohl nicht der eigentliche Arbeiterschutz in Betracht kommt, er verlangte Regelung in einem einheitlichen Gesetzbuch, wobei für bestimmte Gruppen noch Spezialgesetze erlassen werden können; weiter Beseitigung des Begriffes „Zugländer der gemeinen Art“; unanfängbare strenge Definition der Entlassungsgründe; Beseitigung des Arbeitsbuches; Zulässigkeit der Änderung der Arbeitsordnung nur mit Zustimmung des Arbeiters; Ungültigkeit von Vereinbarungen, die dem Gesetz widersprechen; wenn eine Kündigung statt besteht, angemessene Zeit zum Suchen einer neuen Stellung; Strafen für Lohnpresser, die Arbeiter aufzunehmen, ohne ihnen Lohn zahlen zu können; Haftung des Unternehmers für den Lohn nicht nur mit seinem Eigentum, sondern mit allem, was in seiner Verwahrung ist, also dasselbe Recht, das jetzt der Hausbesitzer gegen den Mieter hat. Der Redner schloß: Sie müssen ein Gesetz verlangen, in dem die Arbeiter den Unternehmern gleichgestellt sind. Heute sind Sie die Schencketen und die anderen können mit Ihnen machen, was sie wollen.

Bei „Statutenänderungen“ wurde beschlossen, den Verbandsstag nicht wie bisher alle zwei, sondern alle drei Jahre abzuhalten. Das Ortsgruppenstatut wurde dahin geändert, daß eine Ortsgruppe durch Beschluß des Verbandsvorstandes aufgelöst werden kann. Der Vorstand legte einen Entwurf vor, der zur Ergänzung des Statuts „Bestimmungen über die Gliederung des Verbandes“ enthielt, wodurch die Organisation ausgestaltet und ihre Werksamkeit erhöht werden soll. Österreich soll in dreizehnzwanzig Bezirke eingeteilt werden, wovon drei auf Niederösterreich, sechs auf Böhmen, zwei auf Mähren und Schlesien, je zwei auf Oberösterreich, Steiermark und Tirol, je einer auf Salzburg, Kärnten, Krain, Bozenberg, Galizien und die Küstenländer entfallen. — Von den Ortsgruppen lagen 39 Anträge auf Einführung der Krankenunterstützung vor. Da ohne größere Beitragserhöhung dieser Unterstützungszaug nicht eingesetzt werden kann, die Zeit zu einer solchen Beitragserhöhung aber nicht günstig war, wurden diese Anträge abgelehnt. Der Vorstand beantragte aber eine Erhöhung der Leistungen. Diese Materie wurde einer Kommission überwiesen, deren Vorschläge dann am sechsten Verhandlungstag angenommen wurden. Es wurde beschlossen:

Die Arbeitslosenunterstützung für die männlichen Mitglieder, die sieben und neun Jahre dem Verband angehören, wird von jährlich 13 Kronen, die durch sieben Wochen gezahlt werden, auf 14 und 15 Kronen erhöht, die acht und neun Wochen lang geleistet werden. Die Unterstützung für die weiblichen Mitglieder, die drei und fünf Jahre dem Verband angehören, wird ebenfalls erhöht. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an diejenigen, die sie auf der Reise längere Zeit in einem Ort aufzuhalten, wird nicht mehr davon abhängig gemacht, daß sie am Ort gearbeitet haben; es genügt, daß sie Arbeit gefügt haben. Mitglieder, die infolge Aufrufs der Arbeitsvermittlung abgereist sind, haben im Falle ihrer Rückkehr innerhalb eines Jahres sofort Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Die Gemahrgeregeln unterstehen nicht mehr in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung in der Dauer von zehn Wochen ausbezahlt. Sie wird unter der Voraussetzung gehobt, daß Ratsregelungen selbst durch die Bezirksleitungen genügend motiviert erscheinen. Befindliche Einrichtungen, die die Bezirksleitungen im eigenen Wirkungskreis für Gemahrgemutterförderung geschaffen haben, bleiben durch diese Bestimmungen unberührt.

Die Hinterbliebenenunterstützung wird dahin erweitert, daß nach dem Ende von männlichen Mitgliedern, die dem Verband sieben und neun Jahre angehören, statt sechzig Kronen siebzig und achtzig Kronen bezahlt werden. Für die Hinterbliebenen nach weiblichen Mitgliedern wird diese Unterstützung erst jetzt eingeführt; es werden gewählt bei einjähriger Mitgliedschaft zwanzig, bei dreijähriger fünfundzwanzig und, bei fünfjähriger dreißig Kronen.

Über die Rentenunterstützung wurde beschlossen: In Erwagung, daß die schlechten verdienenden Konjunkturverhältnisse eine allgemeine Erhöhung der Beiträge, die für die Erfüllung der Konjunkturüberprüfung unerlässlich ist, nur schwer ermöglichen, beschließt der Verbandsstag, daß diese Einrichtung nur dann geöffnet wird, wenn sich eine genügende Anzahl (wenigstens 10000) von Mitgliedern für die Notwendigkeit derselben ausspricht und ihren Beitritt anmeldet. Der Verbandsstag beantragt daher den Vorstand, unmittelbar nach dem Verbandsstag, längstens aber bis 1. Juli 1909, ein Projekt auszuarbeiten und zu erläutern, unter welchen Voraussetzungen bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsrate eine Rentenunterstützung eingerichtet werden soll. Dieses Projekt ist in den Fachblättern zur Diskussion zu stellen, und für den Fall, daß hierüber eine Vereinbarung erzielt wird und sich die genügende Anzahl von Teilnehmern findet, wird der Vorstand ermächtigt, diese Einrichtung mit 1. Januar 1910 in Kraft treten zu lassen. Sollten die obigen Voraussetzungen nicht eintreten, wird dem Vorstand zur Aufgabe gemacht, den Gegenstand einer Vorlage mehrerer Projekte für den nächsten Verbandsstag auf die Tagesordnung zu legen.

Außerdem wird die gegenwärtig für die Heimarbeit und die direkt beim Verhüttungsprozeß beschäftigten Hüttenarbeiter eingeführte Krankenunterstützung zu Gunsten aller Hüttenarbeiter eingeführt und weitestgehend zehn Heller pro Woche belassen. Die Bestimmungen



gesuchten, die die Verhinderung des Wiederaufbaus durch den Menschen aufzuheben. Nach längen und schwierigen Rückschlägen und Versuchen gelang es schließlich im großen Maßstabe, die Verhinderung des Wiederaufbaus aufzuhören, auch wenn die Zeit, zu der man dies tat, nun nicht mehr dagegen stand. Diese erzielten Erfolge sind nun einige Meilensteine für die Zukunft und werden auch noch weiter vorangetrieben werden, wenn man jetzt einen ausreichenden Arbeitsertrag schaffen möchte. Wenn aber damit man jetzt so wenig wie vorher. Wie aber werden nicht ruhen und raffen, die diese Fortschritte erzielt ist.

## Automobilarbeiter.

Heute unbedingt blieben die Reichstagssitzungen zur Schaffung eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Und doch können sich aus der Gestaltung dieses Gesetzes Folgen ergeben, die von einschneidendem Bedeutung für die Arbeiter der Automobil- und Nebenindustrien sind. Die Arbeiterschaft ist nach zwei Seiten an dieser Sache interessiert, zunächst als Publikum und andererseits als Interessenten an der Industrie der Kraftfahrzeuge. Eine Gestaltungnahme von diesen beiden Gesichtspunkten aus ist sehr wohl möglich, denn sie ergibt das Verlangen nach entschleierten Vorgehen gegen die dem Kraftwagenverkehr anhaften Schäden und Auswirkungen, andererseits die Bekämpfung aller Ausnahmestellungen, soweit sie sich gegen eine einzelne Art des Verkehrsrichten und auf Grund von Vorurteilen aufstehen.

Die Arbeiter der Automobilindustrie im Stuttgarter Bezirk sahen sich aus diesen Gründen veranlaßt, zu dem geplanten Gesetz Stellung zu nehmen und am Mittwoch den 18. Dezember drei Versammlungen einzuberufen, die einen äußerst starken Besuch und vollständig übereinstimmenden Verlauf nahmen. Es wird das begreiflich erscheinen, wenn erwähnt wird, daß rund 5000 Arbeiter zur Zeit der guten Konjunktur in diesem Industriezweig hier tätig sind und diese Industrie sich in wenigen Jahren aus ganz kleinen Anfängen zu dieser Höhe emporgeschwungen. Außerdem kommt in Betracht, daß es nicht der für die Arbeiterschaft am schlechtesten gestaltete Industriezweig der Metallindustrie ist. Die Referenten der Versammlungen wiesen einleitend besonders auf diesen Umstand hin und führten etwa folgendes aus:

Die Industrie für den Bau von Kraftfahrzeugen nahm in den letzten Jahren einen glänzenden Aufschwung, vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1906 steigerte sich die Zahl der pro Jahr fabrizierten Kraftwagen ohne Motorräder von 37 666 auf 185 003, das ist eine Steigerung von 399 Prozent. Diese Produktion erstreckt sich auf folgende sechs Staaten:

	Stück	Stück	Proz.
Frankreich . . . . .	1902 28 711	1906 = 55 000 +	182
England . . . . .	6 258	= 28 000 +	847
Deutschland . . . . .	4 788	= 21 000 +	348
Belgien . . . . .	1 700	= 12 000 +	695
Italien . . . . .	850	= 9 000 +	2470
Vereinigte Staaten . . . . .	314	= 60 000 + 12000	
Zusammen 1902	37 066	1906 = 185 003 +	499

Die Entwicklung der deutschen Kraftfahrzeugfabriken vom Jahre 1901 bis 1906 gestaltete sich folgendermaßen:

	1901	1906
Betriebe . . . . .	12	34
Arbeiter . . . . .	1589	10087
Lohnsumme . . . . .	1,81 Mill. Mark	18,32 Mill. Mark
Produktionswert . . . . .	5,66	51,04
Uttenskapital . . . . .	7,5	49,-

Zu diesen Betrieben kommen noch die der Hüttenindustrie, deren Entwicklung in folgenden Zahlen wiedergegeben ist:

	1901	1906
Betriebe . . . . .	66	154
Arbeiter . . . . .	1303	10751
Produktionswert . . . . .	6 Mill. Mark	62 Mill. Mark

An Kraftfahrzeugen waren in Deutschland nach der Vergrößerung, die dem Gesetzentwurf beigegeben ist, im Betrieb: 1. Januar 1907: 27 026, 1. Januar 1908: 36 022 Stück, davon waren die Hälfte Motorräder. Außerdem verkehrten in Deutschland vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907 ausländische Kraftfahrzeuge 5686, davon 5254 Wagen.

Eine solche Steigerung dieses Verkehrsmittels brachte Erscheinungen mit sich, die selbst von automobilfreundlichen Kreisen verurteilt wurden und im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit unter allen Umständen gesetzliche Maßnahmen erforderten.

Schon im Jahre 1904 wurde vom nationalliberalen Abgeordneten Prinz zu Schönau-Corolath eine Resolution eingereicht, in der die erste Verteilung zur Schaffung eines Haftpflichtgesetzes gegeben war. Im gleichen Sinne war auch das Zentrum tätig; die Regierung legte dann den ersten Entwurf zu einem solchen Gesetz am 1. März 1906 vor, der aber nur bis zur Kommissionserörterung gelangte und mit der Auflösung des Reichstags hinfällig wurde. Am 12. Februar dieses Jahres wurde wiederum vom Reichstag die Vorlegung eines solchen Gesetzes verlangt und am 24. Oktober dieses Jahres eingereicht.

Außerdem hat auch die Regierung Erhebungen angestellt über die durch Kraftfahrzeuge hervergerufenen Unfälle. Für Jahre 1906 sind insgesamt 4864 Unfälle zu verzeichnen, davon 115 mit tödlichem Ausgang, eine hohe Zahl, die jedoch bei einer Gegenüberstellung mit Unfällen anderer Verkehrsmittel nicht viel besagt. So wurden in Preußen im Jahre 1906 allein durch den Verkehr mit Pferdefuhrwerken 2629 Personen getötet, durch Fahrer 48 Personen. Wenn weiter festgestellt wurde, daß in Berlin allein im gleichen Jahre 197 Personen durch Pferdefuhrwerke getötet wurden, 85 mehr als durch den Kraftwagenverkehr in ganzen Weite, kann von einer befonders großen Unfallziffer noch nicht gesprochen werden.

Besonders auffällig wird die Gegenüberstellung der in der Industrie vor kommenden Unfälle, denn im Jahre 1906 sind nicht weniger als 645 583 gewerbliche Unfälle gemeldet worden, darunter waren 9141 tödliche Unfälle; im Bergbau ist eine besonders hohe Unfallzahl zu konstatieren, 1907 wurden im Bergbau 1742 Personen getötet, bei 300 Arbeitsstagen entfallen auf den Tag 6 Tote.

Der Automobilverkehr kann infolgedessen nicht vom Standpunkt der vorgesehenen Unfälle beurteilt werden, wie bei der Behandlung der Frage erfärblich war, denn bei einem Vergleich der Zahlen sind die durch den Automobilverkehr verursachten Unfälle verschwindend klein.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf zu einem Gesetz weist leider die wichtigsten Punkte zur Erzielung einer größtmöglichen Verkehrssicherheit nicht auf, und das wäre das bestärkend wichtigste neben den Haftpflichtbestimmungen. Es soll doch nicht bloß gezeigt werden, Verletzte zu entschädigen, sondern besser ist es, Unfälle überhaupt zu verhindern, die Gefahren auf das niedrigste Maß zu reduzieren, die Schäden des Kraftwagenverkehrs zu beseitigen.

Dieses Ziel könnte nach den Urteilen von Fachleuten erreicht werden, wenn:

alle Wagen, die technisch nicht einwandfrei und nicht betriebsicher sind, ausgeschaltet würden;

die Führer der Wagen eine gründliche Ausbildung bekommen und sich einer staatlichen Prüfung unterziehen müssen;

die Höchstgrenze der Arbeitszeit für die Wagenführer gesetzlich festgelegt würde;

an gefährlichen Verkehrspunkten Warnungszeichen angebracht würden;

in Städten und an Verkehrszentren die Höchstgrenze der Fahrgeschwindigkeit gesetzlich festgelegt ist;

die Straßen und Verkehrswälle besser ausgebaut würden, durch Oelen und Leeren die Staubentwicklung verhindert würde;

die Bevölkerung, namentlich die Jugend, den modernen Verkehr entsprechend geschult und erzogen würde.

Einige Verhandlungen trifft der Verband nicht vorzeitig statt, auch nicht wenn den Verhandlungen entsprechende Bedeutung eingeschätzt wird, wie Erziehung des Verkäufers, Werbung von Unternehmen u. s. w.

In der Gesellschaft kommt die die Versammlungen in Betracht, bestehende Veränderung der Gesellschaftsbestimmungen des Verkehrs bestrebt und erwartet, obwohl die Entwicklung gekennzeichnet und ergebnisreich ist. Diese Gesellschaftsbestimmungen wird man nicht mehr zusammen können und es wird der Standpunkt mehr nach der richtigen sein, daß der Verkäufer und nicht der Käufer bestrebt, wenn nicht eine Verletzung leer ausreden sollen. Den Verkäufern wird nichts anderes übrig bleiben, als sich vor Sobald zu schützen durch Versicherung, eventuell durch eine anstrebbende gleichmäßige Versicherung ähnlich den Versicherungsgesellschaften.

Die Namen auf den östlichen Straßen haben wohl viele dazu veranlaßt, das Automobil auf die heutige Höhe zu bringen, dürfen aber der Sicherheit des Publikums und der Massen wegen besser unterbleiben. Wenn hier die Arbeiterschaft nicht auf dem Posten ist und ihre Stimme erhebt, auf die Industrie die genügend stolz ist, kann sie dem jetzt schon sehr empfindlich dankbarenden Belegschaft eine weitere Verschlechterung eintragen und in leichter Linie hätte die Arbeiterschaft darunter zu leiden. Das im Reichstag nicht immer dem Volkswillen entsprechend gehandelt wird, dürfte aus den Gesetzesvorlagen der letzten Zeit mit Heftlichkeit hervorgehen; gerade wie die Automobilsteuer, die etwa 2 Millionen einbringt (die Kosten für das Einbrechen der Steuer sind jedenfalls noch höher als der Ertrag), ihre Wirkung auf die Industrie nicht verfehlt, kann es bei der neuen Gesetzesvorlage auch kommen, und in leichter Linie würden es die Arbeiter, die unter der Vernichtung einer Industrie zu leiden hätten.

Die Diskussion in den Versammlungen bewegte sich nur im Sinne der von den Referenten gemachten Ausführungen, besonders wurde dabei noch hervorgehoben, für eine geschlossene Organisation der Arbeiterschaft einzutreten, um auch bei anderen Gelegenheiten, wo die Interessen der Fabrikanten sich im Gegensatz zu denen der Arbeiter befinden, den erforderlichen Einfluß zu erzielen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die äußerst zahlreich versammelten Arbeiter der Firmen Bosch, Daimler, Auer, Eisenmann, Voith, Deutz, Norma-Compagnie, Kubischen Gleisbetrieb sowie die sonstigen Interessenten der Automobilindustrie nehmen Kenntnis von dem Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Die Versammelten protestieren mit Entschiedenheit gegen einzelne unhalzbare Bestimmungen des Entwurfs und weiter bestätigende Verschärfungen desselben, die eine Gefahr für die Entwicklung der Autoindustrie bedeuten. Wenn die Versammelten selbstverständlich auch mit den Rednern aller Parteien im Reichstag einverstanden sind, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Verkehr gefährdenden Automobilisten Grenzen zu ziehen, so sind nach Ansicht der Versammelten die Bestimmungen des Entwurfs in keiner Weise geeignet, das zu erreichen. Im Gegenteil haben eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfs nichts anderes zur Folge, als eine schwere Schädigung der in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter und besonders der mit der Lenkung der Kraftwagen betrauten berufsmäßigen Fahrer.

Ein Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen müßte vor allen Dingen Bestimmungen enthalten, die eine Schädigung der öffentlichen Verkehrswege benötigenden Personen an Leib und Leben sowie Sachbeschädigungen auf ein möglichst geringes Maß befranken. Dazu wäre notwendig, daß nur solche Kraftfahrzeuge für den Verkehr zugelassen werden, die durchaus betriebssicher und technisch einwandfrei sind. Dann müßten die mit der Leitung der Kraftfahrzeuge betrauten Personen in jeder Beziehung den Beweis geliefert haben, daß sie auch alle Eigenschaften besitzen, ein Kraftfahrzeug zu bedienen. Neben geeigneten Einrichtungen zur Ausbildung der Chauffeure: Schaffung staatlicher oder städtischer Fahrschulen unter staatlicher Leitung, Prüfungsanstalten u. s. w. müßte durch Gesetz die Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit für Verkehrsfahrer auf 8 Stunden festgelegt werden.

Davon ist jedoch im Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen soviel wie nichts enthalten. Dagegen ist der Polizei durch den Entwurf wieder eine Reihe Befugnisse zugewiesen, wie Entziehung des Führerscheins u. s. w., die allen möglichen Schikanen Tür und Tor öffnen würden. Es muß vielmehr darauf gedrungen werden, daß nur durch gerichtliche Entscheidung der Führerschein entzogen werden kann.

Bezüglich der durch ein Kraftfahrzeug angerichteten Schäden stehen die Versammelten auf dem Standpunkt, daß mit dem Standpunkt entsprechender Haftpflichtbestimmungen, die Garantie bieten, den Geschädigten vor materiellen Nachteilen zu schützen. Als geeignetes Mittel, den einzelnen Automobilbesitzer vor übermäßigem Vermögensnachteil durch Unfälle zu schützen, erachten die Versammelten eine allen Ansprüchen genügende gesetzlich organisierte Zwangsversicherung. Die Versammelten treten also für entsprechende Haftpflichtbestimmungen, Zwangsversicherung, Schaffung wirkungsvoller, den Verkehr sichernder Betriebsvorschriften und entsprechende Strafen für die gemeingefährlichen Automobilfahrer, ohne Unsehen der Person, ein. Ansatz, die Gefahren und Folgen der Automobilfahrt zu verhindern, bedeutet der von der Regierung dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf in seiner Fassung geradezu eine schwere Schädigung der in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter und Interessenten, und es besteht die Gefahr, daß mit seiner Annahme die ohnehin zurzeit unter einer Krise leidende Automobilindustrie in ihrer Existenz bedroht und tausende in ihr beschäftigte Arbeiter brotlos werden.

Aus allen diesen Gründen stehen die Versammelten auf dem Standpunkt, daß der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung zu verwerfen ist. Soll ein Gesetz für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen richtig wirken, so müssen aus dem Entwurf verschiedene Mängel beseitigt werden, die ein maßgebliches und die Interessen der Automobilindustrie berücksichtigendes Gesetz gewährleisten.

An die Abgeordneten des Deutschen Reichstages richten die Versammelten die Bitte, in diesem Sinne zu wirken.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Unfälle zu vermeiden und eine geregelte Beitragssleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 3. Januar der 2. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Januar 1909 fällig ist.

Die Kassierer werden hierdurch besonders darauf hingewiesen, daß die Abrechnung für das vierte Quartal 1908 bis zum 16. Januar eingefordert werden muß. Wir erachten dringend um genaue Einhaltung dieses Termins, damit eine glatte Erledigung der Geschäfte möglich ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatutes gestattet:

Der Verwaltungsstelle Altenburg 10 ½ pro Woche für sämtliche Mitglieder vom 1. Januar 1909 an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statutes:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Giersberg:

Der Klempner F. Hornström, geb. am 2. Dezember 1861 zu Copenhagen, Buch-Nr. 685681, wegen Schwundeleien.

Soeben aufgenommen wurden bereits:

Der Untergang eines Schiffs im Meer:

Der Metallarbeiter Witz. Mößfeld, geb. am 10. April 1871 zu Berlin, Buch-Nr. 685682, wegen Vermissten.

Offiziell gerichtet wird:

Auf Antrag eines Schiffsgerichts in Giersberg:

Der Formic Rino Schwartz, Buch-Nr. 685683, wegen Nichteinhaltung von Versammlungsbefreiungen.

### Mitteilung für Rechtsberatung.

Die nachfolgend benannten Mitglieder werden ausgesondert, da wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sollern einer dreimal hintereinander erreichenden Auflösung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Giersberg:

Der Schlosser Witz. Mößfeld, geb. am 16. Juni 1860 zu Petersdorf, Buch-Nr. 788499, wegen Schädigung des Verbandes.

Gesucht wird:

Schlosser Herm. Tollmien, geb. am 20. Juli 1888 zu Königswberg. Verwaltungen oder Kollegen, denen der Aufenthalt des Z. bekannt ist, werden erzählt, daß umgehend hierher mitzutreffen (Bochum).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mühlstraße 16 zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegalem Gruß Der Vorstand.

## Zur Beachtung! Zug ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Hohenrhein-Niederlahnstein (Drahtgewebe und Geschenkwaren) u.; von Formern, Eisenhütnerarbeitern und Kernmachern nach Arbon, Schweiz (Gießerei Stredenberg) u.; nach Budapest (Fa. Friedenhausen) St.; nach Parzburg bei Tautenburg i. Osterz. (Firma E.

6. Jedes Unternehmen ist verpflichtet, für den Betrieb aufzustellen zu legen, die an dem Orte bestehen, wo es arbeitet.

7. Gemeine Ortsverwaltungen des Industriegebiets halten je nach Gebiet, mindestens aber zweitwöchentlich, eine gemeinsame Sitzung ab. In betrieben soll eine Aussprache stattfinden über die Tätigkeit der Organisation und der Organisation liegenden Fragen und eine Beschilderung über alle zur Förderung vorhanden erzielten Punkte herbeigeführt werden. Ein jeder bietet Systematisch soll nach Möglichkeit einer der Betriebsleiter anwesend sein. In den Fällen, wo nach Meinung einer Verwaltung eine Beschilderung einer außerordentlichen Sitzung nötig wird, hat sich diese Verwaltung mit der Verwaltung Mannheim, die als Vorort gilt, in Verbindung zu legen, die dann nach Beschilderung mit der Bevölkerung die Sitzung einberuft.

8. Die Konferenz der Verwaltungsstellen des Industriegebiets Mannheim erklärt, daß sie von der Notwendigkeit des Ergebung eines einheitlichen Beitrags sämtlicher in Betracht kommenden Verwaltungsstellen überzeugt ist, und sie verspricht sich besonders angesichts der drohenden Auspaltung, mit aller Energie auf die Errichtung eines sozialistischen Sozialbeitrags von 10 % einzurichten.

9. Diese Grundsätze treten am 1. Januar 1909 in Kraft.

Von der am 18. Dezember 1908 abgehaltenen Konferenz der Verwaltungsstellen Stuttgart und Umgebung wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

1. Die Konferenz der Verwaltungsstellen Stuttgart, Esslingen, Überbach, Kornwestheim, Waiblingen und Bussenhausen schreibt, daß der zurzeit bestehende Mitgliederstand gewahrt bleibt. Die Verwaltungen vermeiden jede Art von Maßnahme, um den Antritt von Mitgliedern aus einer Verwaltungsstelle in die andere zu erreichen. Bei Wechseln soll der Grundtag gelten, daß in betrieben mit Werkstattklassierung die Mitglieder vor dem Bereich Arbeitsortes zugehörigen Verwaltung auszuweisen sind.

2. Ausgenommene oder zugereiste Mitglieder sind bei der Verwaltung anzumelden, in deren Wirkungsbereich das Mitglied arbeitet, selbst sich ein Mitglied ab, das in einer anderen Verwaltung hant als in der, wo es bisher arbeitete und angemeldet war, so die abmeldende Verwaltung dies der Verwaltungsstelle mitteilen, in der der Wohnort des Mitglieds liegt.

Besteckte Verträge sind an die Verwaltungsstelle zu zahlen, der das Mitglied vorher angemeldet war.

3. Die Verwaltungen verpflichten sich, kein Mitglied anzunehmen, das in einer Verwaltungsstelle des Industriegebiets gemeldet ist oder arbeitet, in der ein höherer Beitrag eingeführt wird als in der Verwaltung, an die das Gesuch um Anmeldung oder Nachnahme gestellt ist.

4. Mitglieder einer Verwaltungsstelle mit einem Beitrag, der höher ist, können in Verwaltungsstellen mit höherem Beitrag übernehmen, wenn diese Mitglieder im Bereich der Verwaltungsstelle mit einem Beitrag arbeiten.

5. Jede Verwaltung verlautzt Broschüren, Kalender u. s. w. nur Bereich der eigenen Verwaltungsstelle und nicht unter dem vorausgestellten Preise.

6. Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, sich den Kontrollschriften zu folgen, die an dem Orte bestehen, wo das Mitglied sitzt.

7. Die Verwaltungen des Industriegebiets Stuttgart halten jedes Jahr, mindestens all zweitwöchentlich, eine gemeinsame Sitzung. In derselben soll eine Aussprache stattfinden über alle im Interesse der Organisation und Agitation liegenden Fragen und um Beschilderung über alle zur Förderung stehenden Punkte herbeizuhören. In jeder dieser Zusammenkünften soll nach Möglichkeit der Betriebsleiter anwesend sein.

8. In Fällen, wo nach Meinung einer Verwaltung des Industriegebiets eine außerordentliche Sitzung nötig wird, setzt sich diese mit Verwaltung Stuttgart, die als Vorort gilt, in Verbindung, dann nach Beschilderung mit der Bezirksleitung die Sitzung einsetzt.

9. Die Verwaltungen des Industriegebiets Stuttgart-Esslingen erklären, daß sie von der Notwendigkeit eines einheitlichen Beitrags für alle in Betracht kommenden Verwaltungsstellen überzeugt sind und sie versprechen sich, mit aller Energie auf die Errichtung eines Sozialbeitrags hinzuwirken. Wenn eine Verwaltung gewillt den Verbandsbeitrag über den Beitrag von 60 % pro Woche zu haben, soll vorher sämtliche Verwaltungen des Industriegebiets einstimmig zu legen, es soll vor der Einführung in einer gemeinsamen Sitzung Stellung dazu genommen werden.

10. Diese Grundsätze treten am 1. Januar 1909 in Kraft.

Mehrere Sätze zu fassen. Da ich zunächst ein Standort, das ist der St. Gallen, wo es keine Gießerei gibt. Das unter ihnen befinden sich die Gießerei keine große Fabrik haben, dann kann der Betrieb des Gießereibesitzes erzielen zu legen, kann man die großen, und meistens sehr alte Gießerei noch verlieren, doch in den letzten Jahren, wo die Gießereien fast alle verloren, die kleinen Gießereien zu finden sind. Da sind Betriebe vorhanden, wo auf zwei Formen ein Betrieb kommt. Den kleinen wäre zu raten, wenn sie ihren Platz zwischen Formen werden lassen. Ich solche Betriebe ausgeschlossen, die die Gießerei haben, das der Gießerei auch wichtige Formen teilt. Wie die Formen in den kleinen Gießereien gewest hat, zeigen folgende Sätze der Statistik. In den St. Gallen arbeite im November dieses Jahres 103 Arbeiter weniger als im November 1907. In St. Gallen sind Dohnlösungen in diesem Jahre vorgenommen. Unter diesen ist sich ganz besonders die Firma H. v. m. h. & C. sehr harbar. Die Herren Aktienkunden bekommen jetzt der Reihe nach Prozent Dividende, und den Arbeitern wird zugesetzt, immer billiger zu arbeiten. In dreizehn Gießereien wird mit verstärkter Arbeitszeit gearbeitet; sechs Betriebe nebeln mit einer Verkürzung von einer Stunde, ein Betrieb mit 2½ Stunden pro Tag, drei Betriebe einen Tag in der Woche, und drei Betriebe haben sogar die Arbeitszeit um über einen Tag verlängert. Aus der Statistik geht weiter her vor, daß die Formen die schlechten konjunkturischen durch durch das brutale Vorgehen der Vorgesetzten und durch den Wangel an Erfahrung zu spüren bekommen. In diesen Punkten ist sich auch wiederum die große Firma Humboldt ganz besonders harbar. Wie stark die augenfällige Reihe in den Gießereien von Aalen, Alten und Walsheim a. Rh. wirkt, steht man auch daran, daß gegen 30 bis 40 unterstützungsberechtigte Formen stets arbeitslos sind. — Aus dieser Statistik, die auch in einer Formervergassung schon nach allen Seiten hin kritisch besprochen worden ist, geht her vor, daß die Formen noch vieles tun müssen, um menschenwürdige Zustände in den Gießereien zu schaffen. Diese Statistik zeigt aber auch, daß dort die schlechtesten Verhältnisse sind, wo die Organisation am schwächsten ist. Das beweisen die Gießereien St. Gallen in Kalk und die Bönenholzer Maschinenfabrik in Aalen-Böhenthal. Es gilt für alle Formen, in dieser schlechten Zeit fest zur Organisation zu halten, die Indifferenzen aufzulösen und der Organisation auszuführen.

#### Metallarbeiter.

Chemnitz. Die Zustände in den hiesigen Maschinenfabriken geben den Arbeitern schon oft zu klagen Veranlassung. Häufig passieren Unfälle, die auf die Rücksichtslosigkeit der Betriebs- oder Abteilungsleiter zurückzuführen sind. Im Betrieb selbst für die Abstellung der Mitarbeiter zu warten, ist den Arbeitern selten möglich, da die, die auf Schäden hinauslaufen, wegen „Sicherer“ entlassen werden und auch auf die schwerste Liste kommen. In der Maschinenfabrik von Hermann & Schreyer an der Zwölfauer Straße halten drei Arbeiter eine Vorgelege zu montieren, als sie auf dem Gerüst standen, brach dieses zusammen, weil angefertigte Bolzen dazu verworfen worden waren. Einer konnte sich am Armen halten, der zweite an der Auflaufstange, der dritte aber starke nebst dem Vorgelege ab und liegt jetzt franz zu Hause. Dieser Unfall wird allgemein auf das in diesem Betrieb übliche Sparhimmel zurückgeführt, denn es mangelt dort oft an Material und auch an Werkzeug. Erklärt doch der Meister Georgie den Arbeitern, als sie Zeilen verlangten, der Direktor habe den Schlüssel zum Feuerlager mit auf die Reise genommen. Es mangelt an Besen, Putzlappen, Schmieröl, Einmach- und Nähröliern. Der Sattler ist entlassen worden, die Dreher müssen nun die Räder selbst richten. Auch haben sie die Werkzeuge selbst vorzurichten, eine Arbeit, die früher Schmiede zu leisten hatten. Die Dreher, die in Stücklohn arbeiten, sind dadurch besonders benachteiligt, weil sie eine Extraabrechnung für diese Überarbeiten nicht erhalten. Die Anstreicher erhalten nicht genügend Binsel geliefert, trotzdem wird aber von ihnen eine saubere Arbeit verlangt. Der Kleidermeister Georgie betrifft die Arbeiter mit Ausdrücken, wie: „Durchsäße, Lautsprecher und Foulenger“. Bei der geringsten Kleiderigkeit droht er mit Hinausschmeißen. Die Ventilation wird durch Oberlehrer bewältigt, nun sind die Ketten entfernt worden, damit die Arbeiter die Ketten nicht öffnen können. Die Räder sind mangelhaft, sie haben nur halbe Zähne und schlechten Abzug, und wenn das Eingangstor zur Fabrik offen steht, verbreitet sich im Arbeitsraum Gestank. — In der Werkzeugfabrik von F. o. c. i. m., Zwölfauer Straße, wird der Gasmotor mit Sauerstoffgenerator durch Kreislauf angetrieben. Die Anlage wird von Leihbürgern bedient und sie befindet sich in einem Zustand, daß morgens 3 bis 4 Mann, oft auch die doppelte Zahl, 1 bis 1½ Stunden Lust pumphen müssen. Der Autokriemien, an dem die Leute beim Anheben des Motors ziehen müssen, ist nur einen halben Meter von der Wand entfernt. Oft muß beim Anheben ein Mann unter dem Rahmen, der die Dynamomotore treibt, hindurch kriechen, um am Transmissionsriemen mit ziehen zu helfen, und er muß dann, wenn der Motor läuft, den gleichen Weg unter dem Rahmen wieder zurückmachen. Es ist mir zu beklagen, daß dort nicht schon ein größeres Unglück geschehen ist. Wenn der Motor versagt, müssen die Leute zu Hause gehen. Da auch die Säuglingsmutter keine Mutter gebracht wird, stehen die Leute, wenn der Motor versagt, im Finstern. Eine Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen Quirlin betrieben. Gelehrte sind die Werktuot wesentlich nur einmal, was die Leiharbeiter befürchten müssen. Außerdem müssen diese den Motor prüfen, Kohlen holen und dergleichen, so daß sie aufzufüllten Stunden manchmal elf Stunden haben im Betrieb aufzuhalten. Ventilation gibt es nicht, einschließlich einer Säugende und ein Spiegelsohn erfüllen für die St. dort Belegschaften — 12 davon sind Leiharbeiter — nicht, die Leiharbeiter werden im Arbeitsraum aufgehängt, wo sie hängen und beschimpft werden. Als Heizung dienen die Öfen, der, wenn er aufgezündet werden soll, von einem Leiharbeiter mit Lehm zusammengeklebt wird und dann einer schwachsinnigen

zurück und öffnete sich dem Betrieb. Diese Stellung auf die Seite  
der Arbeitnehmer ist kein Zufall, sondern ein bewusstes Ziel der Gewerkschaften.  
Sie hat gewisse Erfahrungen gesammelt, die die besten gebräuchlichen  
Methoden der Gewerkschaften darstellen. Durch gewisse  
weitere die Kollegen auf ihre nächste Tätigkeit vorbereiten und  
den Stand der Verhandlungen anpräsentiert. Solche Sammlungen  
(Sitzungen) führt in einer freien, fröhlichen Weise den Kollegen ihre  
neue Tätigkeit vor Augen. Ob sie nun Gewerkschaftliche zur Besetzung  
die fast verdeckungsbürtig sind. Bei einzelnen Unternehmen,  
betriebs in den Werkstätten, in von einem geschätzten Stundenlohn  
ihre Höhe. Auch in den Werkstätten werden niedrige Gehüne bezahlt.  
Die Abhandlung läßt manches zu wünschen übrig. Bei Honer sind  
es besonders ein akademisch gebildeter Herr C. und der „Gießerei-  
besitzer“ St., die die Arbeiter mit nicht dem Antrage entnommenen  
Titulaturen anreden. In seinem Betrieb werden für überstandene  
Tropente bezahlt. Bei Honer ist die Arbeitszeit um eine Stunde  
geführt worden, und um für den Lohnausfall einen „Ausgleich“ zu  
schaffen, sind sämtliche Gehüne „vorech“ um 10 Prozent reduziert  
worden. Allen beratigen Unternehmensfreundlichkeiten einen Beitrag  
vorzustellen, ist nur einer starken Organisation möglich, nur durch  
Beitritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ist es uns möglich,  
ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Mit der Aussordnung  
dem Verband beizutreten, schloß Wedner seine vorzüglichen Aus-  
führungen. Obwohl Herr Honer durch Anschlag vor dem Besuch  
der „heiterischen“ Versammlung gewarnt hatte, waren die Kollegen  
sehr zahlreich erschienen, auch von der Firma Escher, wo es uns  
möglich war, die ganze Gießerei zu organisieren. Zahlreiche Auf-  
nahmen waren unser Erfolg. Stark, sehr stark war besonders Herrn  
Honer die Betriebsversammlung für seine Fabrik in die Glieder ge-  
fahren. Mit der Maßregelung der Kollegen Günther und Muggaber  
glaubte er unserer Bewegung die Spitze abbrechen und der ihm so  
verhassten Organisation Einhalt gebieten zu können. Wir können  
ihm jedoch versichern, daß durch seine Maßregeln so mancher früher  
indifferente Kollege bei und Mitglied geworden ist. Der Same, der  
sehr ausgestreut ist, wird aufgehen und Herr Honer den Verband  
hier als einen Wachstumor anerkennen müssen. Die Kampfweise  
der „Christlichen“ charakterisiert die Feststellung, daß, wenn Freiheit,  
Verleumdung und unrechtl. Kampfweise tötet würde, wir längst von  
beratigen „Auchkollegen“ befreit wären. An den Kollegen liegt es nun,  
unsere Weihen weiter zu verstärken, den letzten Mann den Verband  
zuzuführen. Zu jeder seine Pflicht und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

## Rundschau.

Jubiläum des Deutschen Holzarbeiter-Berbandes. Wie die Holzarbeiter-Zeitung in Nr. 62 berichtet, waren am 25. Dezember 25 Jahre verflossen seit der Gründung des Deutschen Tischlerverbandes, der im Jahre 1893 in den Deutschen Holzarbeiterverband aufging. Wenn auch die Gewerkschaft der Holzarbeiter in ihrer jetzigen Form noch keine 25 Jahre alt ist, ist es dennoch angebracht, der Gründung des Tischlerverbandes zu gedenken und besonders einen Rückblick auf die Organisationen der Holzarbeiter und ihre Tätigkeit zu werfen, wie es die Holzarbeiter-Zeitung auch tut. Die Gründung des Deutschen Tischlerverbandes fiel in die erste Hälfte der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes. Das im Jahre 1878 eingeführte Sozialistengesetz hatte nicht nur die politischen Organisationen der Arbeiter, sondern auch die Gewerkschaften hinweggefegt. Zu den Opfern des Ausnahmegesetzes gehörte auch die Organisation der Tischler, der Tischlerbund, der eben begonnen hatte, einen kräftigen Aufschwung zu nehmen. In den folgenden Jahren war an die Schaffung neuer Organisationen nicht zu denken, denn die Handhabung des Sozialistengesetzes machte jeden Versuch unmöglich. Auf die Dauer ließ sich aber der Drang der Arbeiterschaft zu starker Zusammenschluß nicht unterdrücken; anfangs der achtziger Jahre magte man wieder die Errichtung lokaler Fachvereine in einzelnen Orten. Diese Fachvereine standen unter strenger polizeilicher Überwachung und das Damoklesschwert der Auflösung hing stets drohend über ihrem Haupt. Es war deshalb ein gewisses Wagnis, als der Tischlerkongress in Mainz zu Weihnachten 1883 die Gründung einer Zentralorganisation beschloß. Die Anregung zur Schaffung der Organisation ging von Stuttgart aus. Die dortigen Möbelfabrikanten hatten im Sommer des Jahres 1883 ihre Arbeiter ausgesperrt. Dieser Gewaltakt übte eine von den Herren nicht erwartete Wirkung aus. Die Ausgesperrten wurden aber von ihren Kollegen in so reichem Maße unterstützt, daß sie im Kampfe siegten. Ferner veranlaßte die Aussperrung die Schreiner, über den Wert einer Zentralisation ihrer Fachvereine nachzudenken. Karl Kloß, der Vorsitzende des Stuttgarter Schreinersachvereins, berief auf den 8. Oktober 1883 eine Konferenz von Vertrauensmännern der Tischler nach Frankfurt a. M. Hier kam man überein, einen deutschen Tischlerkongress abzuhalten, der am 27. Dezember 1883 in Mainz zusammentrat. Der Kongress beschloß, eine Zentralorganisation zu schaffen, die unter dem Namen Zentralverband der Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen Deutschlands sofort ins Leben trat. Zum besoldeten Vorsitzenden der Organisation mit einem Monatsgehalt von 120,- wurde Kloß gewählt. Diese neue Organisation hatte aber, wie so viele andere, in den ersten Jahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Am Schlusse des ersten Geschäftsjahres hatte sie erst 4152 Mitglieder. Erst als 1886 der Bet-

band besser zentralisiert wurde, kam es zu einem Aufschwung. Es hieß von da an Deutscher Tischlerverband. Am 8. April 1893 beschloß ein in Kassel abgehaltener Holzarbeiterkongress, den Deutschen Holzarbeiter-Verband zu gründen. Dieser begann am 1. Juli 1893 seine Tätigkeit mit 22745 Mitgliedern, darunter 19400, die ihm der Tischlerverband zugeführt hatte. Am Schluß des ersten Geschäftsjahres hatte der Deutsche Holzarbeiter-Verband 23774 Mitglieder. Bis zum Jahre 1900 war diese Zahl auf 70690 angewachsen und im Jahre 1906 wurde der Höchstbestand von 151717 Mitgliedern erreicht. Seitdem ist infolge der Krise die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Der Rückgang vermag aber den festgefügten Holzarbeiter-Verband nicht zu erschüttern. Die übergroße Mehrzahl seiner Mitglieder weiß, welchen Schutz und welche Hilfe sie auch während der Krise in ihrer Gewerkschaft finden. Die Mitglieder haben auch Ursache, eine solche Überzeugung zu hegen. Das zeigen die vielen Kämpfe, die der Holzarbeiter-Verband geführt hat. Einzige Statistik über die Streiks, die während der Zeit des Tischlerverbandes geführt wurden, liegt leider nicht vor, dagegen sprechen die Zahlen seit dem Jahre 1893 eine sehr deutliche Sprache. In den 15 Jahren von 1893 bis 1907 wurden vom Deutschen Holzarbeiter-Verband 5241 Lohnkämpfe geführt, an denen 833408 Personen beteiligt waren. Diese Kämpfe erforderten eine Ausgabe von 9507650 M. Es würde zu weit führen, die durch die Lohnkämpfe erzielten Erfolge in einzelnen zu schilieren, sicher ist aber, daß durch die Kämpfe die Holzarbeiter Lohnsteigerungen errungen haben, die die Ausgabe um ein Vielfaches übersteigen. Die wenigen alten Veteranen des Tischlerverbandes, die noch leben, dürfen mit Beständigkeit auf ihre Ewigkeit zuschließen. Die Saat, die sie vor 25 Jahren gestreut haben, ist auf fruchtbaren Boden gesunken, 160000 organisierte Holzarbeiter bürigen dafür, daß ihr Werk nicht untergehen wird. Auch wir wünschen dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, daß er wieder blühen und gedeihen möge, zum Ruhle seiner Mitglieder, zum Ruhle der Arbeiterschaft.

Verstärkung der Arbeitsergebnisse in den und Fortsetzen des  
Vorwärts, die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsverbände  
sowie auch die Gewerkschaftsgruppen bestreben, um so mehr zu erzielen  
zu können. Die Gewerkschaften in diesen Kreis zu bringen, ist  
Wille, d. Gewerkschaften sind die Gewerkschaften Bielefeld, Bochum, Brilon,  
Bünde, die Gewerkschaften Bremen, Gelsenkirchen, Gladbeck und die Ge-  
werkschaften Lüdenscheid und die Gewerkschaften Lippstadt, Münster,  
Münster, Westfalen und die Gewerkschaften Siegen verteilen. Die Zentral-  
stelle hat nun beschlossen und erwartet, daß Maßnahmen und Anordnungen  
an die Abteilungen: Zentralstelle für die erarbeitete Arbeit Deichsfeld, Br.,  
Br. Oberl., Berlin S.W. 09, Bielefeld, 09, zu richten. Der Betreuer  
will der Zentralstelle soll durch die nach dem Vorfallzeitraum des Ge-  
werkschaftsdeiches und des Vorfalls in den einzelnen Orten  
einzulegenden besonderen Kommissionen geführt werden. Wie  
diese Kommissionen noch nicht gewählt sind, muß dies schnellstens  
nachgeholt werden. Die Abteilungen dieser Kommissionen sind umgehend  
der Zentralstelle mitzutellen. Die Zentralstelle wird ein Augenbogen  
herausgeben, daß von Ende Januar an alle 14 Tage erscheinen  
wird. Als Redakteur dieses Organs ist der Genosse Karl Korn,  
bislang Redakteur an der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, ge-  
wählt worden. Die erste Nummer wird in großer Auslage erscheinen.  
Es ist deshalb wünschenswert, daß die örtlichen Kommissionen schon  
jetzt Vorbereitungen treffen, damit für eine möglichst große Ver-  
breitung des Jugendorgans eine recht intensive Agitation entfaltet  
werden kann.

hoben und die Sache in die Instanz zurückverwiesen hatte. Da Tatsachen nicht behauptet, sondern nur Urteile wiedergegeben seien, meinte das Urteil, so schiede der § 188 des Strafgesetzbuches aus, der § 185 würde Anwendung zu finden haben, wenn nicht dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite stände. Unter anderem wurde dann ausgeführt: Der Verfasser des Artikels habe die Ansicht des Solinger Organs dazu verwendet, *siehe unten* Meinung Nachdruck zu verleihen, daß Mängel in den Verbänden seien und daß die Arbeiter nicht Herren im Betrieb der Werkstatt, der Fabrik u. s. w. sein könnten. Der Solinger Artikel enthält sich wiederholende Beleidigungen. Wegen ihrer Gröbllichkeit sei auch anzunehmen, daß Angeklagter sich dessen bewußt gewesen sei. Dennoch wäre er nicht zu verurteilen. Die Deutsche Industriezeitung sei erklärtes Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Sie sei eigens zu dem Zweck herausgegeben, die Interessen dieses Verbandes zu sichern. Der Angeklagte habe eine Vereinbarung mit dem Verbande getroffen, wonach er die Interessen desselben in seiner Zeitung wahrzunehmen habe. Er beziehe vom Verband eine Geldunterstützung, die er verletzen würde, wenn er nicht so handle. Wenn Angeklagter in Folge dieses Verhältnisses die Interessen des Verbandes deutscher Industrieller zu vertreten habe, so habe er neben dessen Interessen auch seine Interessen wahrgenommen, indem er den Artikel veröffentlichte. Zu den vor ihm wahrzunehmenden Interessen gehöre auch eine missfällige Kritik der Arbeiterverbände. Dass er die Absicht gehabt hätte, den Zentralvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu beleidigen, gehe aus Form und Inhalt seines Gesamtartikels: „Aus der Arbeiterschaft“ nicht hervor.

Gegen dieses Urteil legten die Bribatkläger abermals Revision ein. Der zweite Strafseminar des Kammergerichts hörte am 18. Dezember auch dieses Urteil auf und vertrat die Sache nun mehr an einem anderen Landgericht, nämlich an das Landgericht II. Begründend wurde ausgeführt: Der Begriff Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 sei verkannt. Das Landgericht III nehme solche Wahrnehmungen an, weil Angeklagter ein Angestellter des Zentralverbandes deutscher Industrieller sei und weil bessere Interessen seine eigenen wären. Das sei falsch. Das Wort: „Wessen Vorrichte, dessen Liebedinge“, finde auf Bekleidungen keine Anwendung. Wenn das Landgericht daneben auch eigene Interessen des Angeklagten erwähne, so könne hier dahingestellt bleiben, ob das zutreffe. Dem der Begriff der „Form, aus der die Absicht entnommen“ werden könne, sei auch verkannt. Das Landgericht sage, Angeklagter habe den Solinger Artikel einfach unter Aufführungsstücken abgedruckt um wirksamer zu werden. Da Angeklagter nach ausdrücklicher Feststellung des Landgerichts sich den Inhalt zu eigen gemacht habe so hätte das Gericht prüfen müssen, ob er sich auch die einzelnen Ausdrücke zu eigen gemacht habe, und ob diese Ausdrücke durch ihre Form nicht auf die Absicht der Bekleidung schließen ließen. Es wäre angebracht, die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hält am 15. Dezember unter dem Vorsitz des Vorsitzes a. D. Rödiger, des Vizepräsidenten der Firma Krupp, eine Versammlung ab. Nach dem von Bued erhalteten Bericht setzt die "Hauptstelle" sich aus 77 selbständigen Vereinen zusammen, die gegen eine Million Arbeitnehmer beschäftigen. Die bisher in zwangloser Reihenfolge erschienenen Mittel und Heftchen sollen vom 1. Januar an regelmäßig zweimal monatlich erscheinen. Bued wendet sich gegen den Gesetzentwurf über die "Lohnarbeitslammzettel". Nach seinen Ausführungen soll im Januar eine "großangelegte Protestkundgebung" veranstaltet werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller will eine Versammlung einberufen, zu der "die weitesten Kreise der Arbeitgeberverbände" eingeladen werden sollen. Die Stellung des Vereins deutlicher Arbeitgeberverbands (also einer Unternehmerorganisation, die sich — besonders wenn man ihre Urtagskriege und ihre schwierigen Löhne in Betracht zieht — doch auch schon recht gut auf die Schatzmacherschaft bezieht) zu den Versicherungsgefechten war Herrn Bued immer noch nicht schwarzmeiertisch genug. Schwer verdient Herr Bued es der genannten Organisation, daß sie gegen eine "Rektion" bestanden haben. Er erinnerte daran, daß das sozialdemokratische Kriegsbrauchs der Ortsfrankenzäsuren". Die Zeit der Krise erzielte ferner Herrn Bued als geeignet, die "Arbeitsnachweise" der Arbeitgeber durchzuführen. Ferner wies er auf die "segensreiche Wirkung der Arbeitgeberverbände" hin, die dazu geführt habe, daß allein im letzten Jahre die Gewerkschaften 12 Millionen Mark für Aussiedlerungen zahlen mußten. Das habe kaum gejährt, daß die Arbeitgeberführer vorsichtiger geworden seien. Es sei aber Sorge, wenn man glaube, daß man bei der

Agitatoren wirklich eifrieben Siebevorwärts.  
Was Buer über das Rassenunglück auf der Seite 246 beschreibt, wird ja hauptsächlich die Vergeltetheit interessieren. Zugleich uns vorliegenden Bericht der Südwesdeutschen Zeitung (Nr. 51, Seite 360) wird darüber mitgeteilt: „Obwohl für die Hinterbliebenen bestens gesorgt ist, hat dieses Unglück zu betrübtlosen Verheerungen gegen die Arbeitgeber geführt, die auch in hoffnungsloser Weise zu den parlamentarischen Verhandlungen übergegriffen haben.“ Die Hinterbliebenen müssen von der Versicherungswesenschaft natürlich die gesetzliche Rente erhalten. Außerdem sind nach kommunalen Stadtverwaltungen, von Privatpersonen und nicht zuletzt mindesten auch von organisierten Arbeitern ansehnliche Summen zusammengebracht worden, um die Leidtragenden zu

unterstützen. (Doch darf man am Meß geraten, als er die Worte  
„Gott ist mein Gott“ ausspricht, oder haben auch die Bibel und der  
Gottesdienst keinen Zweck? Es kann nicht sein, dass es Gottheit!) Das ist  
eine eigentliche Beleidigung eines Herrn! Ich kann mir nicht vorstellen,  
dass Frauen und Männer unter Menschen nicht dazu bestimmt sind den Gottes-  
namen zu gebrauchen. Wenn sie darüber nachdenken, werden sie sicherlich  
darauf kommen, dass es kein Fehler ist, Gott zu nennen. Und wenn sie  
überlegen, ob es ein Fehler ist, Gott zu nennen, werden sie sicherlich  
darauf kommen, dass es kein Fehler ist, Gott zu nennen.

Aus den Verhandlungen der „Hauptstelle“ geht von neuem hervor, daß die Scharfmacher die Zeit für günstig halten, um den verbotenen Gewerkschaften möglichst zu schaden. Sie würden dies nicht tun, wenn sie nicht schon so oft die Macht der Gewerkschaften gespült hätten. Daraus ergibt sich zweierlei. Erstens müssen die Gewerkschaftsmitglieder im allgemeinen und die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im besonderen auch während dieser Krise trauen, ihr Gewerbe festhalten, wie dies ja auch glücklicherweise in weit überlegentlichem Maße geschieht und zweitens haben sie Ursache, während der Krise jede Unwissenheit zu vermeiden, weil sie dadurch nur den Bestrebungen der Scharfmacher fördern lassen.

Der Verein veranstaltet jährlich eine allgemeine Versammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden Kommerzienrat Springorum vorgetragenen Geschäftsbericht ist die Zahl der Mitglieder des Vereins seit dem Jahre 1908 von 4188 auf 4252 gewachsen. Der Hochofenausschuss hat seine Untersuchungen über Explosionsen im Hochofenbetrieb vorläufig abgeschlossen und die Ergebnisse sämtlichen deutschen und luxemburgischen Hochofenwerken mitgeteilt. Gegenwärtig beschäftigt der Ausschuss sich mit Versuchen über die Verwendung von Hochofenstückschlacke beim Beton, zum Gießen von Pflastersteinen und für Straßenbeschotterung. Der Verein hat sich unter anderem gemeinsam mit anderen Gewerben gegen den Erlass einer Polizeiverordnung über Einrichtung, Betrieb und Überwachung elektrischer Starkstromanlagen gewendet, „anscheinend mit dem gewünschten Erfolg, daß die Verordnung auf sechs Jahre aufgeschoben worden ist“. Der Vorsitzende kritisierte scharf den Entwurf einer Gas- und Elektrizitätsteuer, weil er eine Bestrafung des technischen Fortschritts sei. Dadurch würden die Mitglieder in ihrem Bestreben unter Aufwand großer Opfer bei ihren Einrichtungen das Beste und Neueste einzuführen, gehemmt und man könne sich nichts Wider sinnigeres und Schlimmeres vorstellen als ein Gesetz, das den Werken die Lust und den Mut nimmt, sich im Kampfe mit den übrigen Nationen auf der Höhe des Fortschritts zu halten. Es wurden ferner noch Vorträge gehalten über die Arbeiten des Ausschusses zur Ermittlung des Kraftbedarfs an Walzenkränen, über Eisenerze und ihre Verhüttung in Kanada, und über die Entzinnung der Weißblechabfälle und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Weil Weißblechabfälle in Deutschland zollfrei eingeführt werden dürfen, hat sich am Niederrhein ein besonderer Industriezweig herausgebildet, der sich damit beschäftigt. Weißblechabfälle, die aus der ganzen Welt zusammengeholt werden, zu entzinnen. Es werden in Deutschland jährlich etwa 75 000 Tonnen Weißblech entzinn, im übrigen Europa 25 000 Tonnen und in Amerika 60 000 Tonnen. Bei der Gelegenheit wird zugleich der Bedarf Deutschlands an Zinn zum zehnten Teil gedeckt. Die Blechabfälle werden wieder zu Rohreisen verarbeitet.

Der Metallarbeiter M. war bei der Firma Bopp & Reuther in Mannheim Vertrauensmann. Am 21. September 1908 erhielt er durch den Werkmeister B. seine Kündigung und bei dieser Gelegenheit soll er zu dem Meister gesagt haben: „Mit den reichen Spieghuben werde ich schon abrechnen.“ Der Meister bezog dies auf die Fabrikhaber und hinterbrachte diesen die Aufführung. Darauf verflogte M. den Meister. Vor dem Schöffengericht erklärte er, er habe wohl gesagt, er werde schon mit den Herren Spieghuben abrechnen. Damit habe er jedoch nicht die Fabrikhaber gemeint, sondern die Mitarbeiter, die an seiner Entlassung Schuld hatten. Herr Reuther habe sich bereit erklärt, ihn wieder einzustellen, wenn die Verhandlung ergäbe, daß es sich mit der Aufführung so verhalte, wie M. sagte. Durch Zeugen wurden M.'s Aussagen bestätigt. Weil B. seine Behauptung nicht zurücknehmen wollte, wurde er zu 10 Monaten Geldstrafe verurteilt.

Der former Buscholte aus Bremen, ein Mitglied der Zehnbergschen Arbeitswilligengarde, stahl seinem Zimmernachbar unter Benutzung falscher Schlüssel 20 M. Dafür wurden ihm von der Oberhofgerichtsstrafkammer drei Monate Gefängnis zugesetzt. Dieses ist die geringste Strafe und es wurde darauf erkannt, weil er es verstanden hatte, die Richter von seiner Not, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit, zu überzeugen. Daß diese Arbeitslosigkeit bei diesen Elementen immer eintreten muß, wenn in Staatsreien nicht gestreikt wird, haben die Richter anscheinend nicht bedacht. Auch ist die Frage wohl am Platze, welche Strafe in einem solchen Falle ein Arbeiter erhalten würde, der durch die von solchen Leuten betriebene „Arbeit“ dem Hunger überantwortet wird. Buscholte ist bekanntlich auch der Held, der in Nienburg a. d. Saale von der Anklage des Totschlags freigesprochen wurde, weil er sich in Rotschicht befunden haben sollte. Er hätte ja auch dort sein edles Gewerbe des berufsmäßigen Streikbruchs ausgeübt. Als man dort versuchte, ihn über seine schändliche Handlungsweise aufzuhüpfen, schoß er einen der Streitenden nieder. Es fehlt nur noch, daß Herr Buscholte bei den Gelben obet den „Vaterländischen“ sein Heil versucht.

Nachdem wir uns am 1. Juli 1906 mit dem Schweizerischen Metallarbeiter-Verband verschmolzen haben, haben wir nur noch Büchsen, aber keine Rechte. Solange wir allein unseren Fachverein hatten, konnten wir unseren Mitgliedern etwas bieten, wie 2 Frs. Reiseunterstützung, 1,50 Frs. bei Krankheit und 0,75 Frs. bei Unfall. Das füllt jetzt alles fort. Das Geld, was wir hatten (Vermögen vom Fachverein), ist natürlich jetzt dem Metallarbeiter-Verband zugesunken, aber doch man sich um uns auch etwas kümmern sollte, ja weit gesieht. Erstens haben die meisten gar keine Einsicht hör unserem Geschäft, sagt man etwas, man verdient zu wenig, 70 Cts. pro Stunde, so heißt es gleich: ja, die Bauarbeiter haben ja nur 70 bis 75 Cts. und die Kupferschmiede wollen doch nicht mehr verdienen als jene u. s. w. Also gerade das Gewerbe von Norddeutschland einsetzt: wenn wir allein am

